



Geschäftsbericht 2021/2022

Bericht über das Geschäftsjahr 2021/2022

1. April 2021 bis 31. März 2022

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Vorstandes	04
Bericht des Beirates	06
Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers	08
Lagebericht	13
1. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen	13
2. Geschäftsverlauf 2021/2022	16
3. Rechtliche Verhältnisse	25
4. Vermögenslage	26
5. Finanzlage	28
6. Ertragslage	32
7. Risiken und Chancen	34
8. Prognosebericht	37
Jahresabschluss 2021/2022	43
Bilanz zum 31. März 2022	44
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	47
Anhang zum Jahresabschluss	49
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	49
2. Erläuterungen zur Bilanz	53
3. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	60
4. Sonstige Angaben	64
5. Soll-Ist-Vergleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung	65
6. Finanzplan und Kapitalflussrechnung	67
7. Organe und Ausschüsse	69
Anlage 1 Finanzplan und Kapitalflussrechnung	73
Anlage 2 Anlagenspiegel	74
Abkürzungsverzeichnis	76

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch im zurückliegenden Geschäftsjahr 2021/2022 hat der Erdölbevorratungsverband seinen gesetzlichen Auftrag in vollem Umfang erfüllt.

Zum Ende des Geschäftsjahres am 31. März 2022 wurden Vorräte an Erdöl und an Erdölzeugnissen in Höhe von 22,1 Mio. t Rohöläquivalent gehalten. Die Überdeckung betrug 3,6 %.

In diesen Zahlen enthalten ist die fünfte Freigabe von Vorratsbeständen, mit denen das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz am 4. März 2022 unter Beteiligung an einer internationalen Freigabeaktion der Internationalen Energieagentur 289.000 t Rohöl, 79.167 t Dieselkraftstoff und 41.667 t Heizöl EL freigegeben hat. Zum Stichtag 31. März 2022 war ein Teil dieser Mengen bereits abgenommen.

Die jährliche Ausschreibung von Tankraum und Delegationen im August 2021 führte zu einem ausreichenden Angebot an Tankraumvolumen sowie an Delegationsmengen.

Der vom Beirat beschlossene Ausbau des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen wurde planmäßig mit der Fertigstellung der dritten Kaverne beendet. Die Befüllung von zwei Kavernen wurde bereits abgeschlossen. Die Befüllung der dritten Kaverne wurde aufgrund der Freigabe unterbrochen und soll baldmöglich fortgesetzt werden.

Im Krisenfall muss der Erdölbevorratungsverband stets handlungsbereit sein. Im Oktober 2021 führte der Erdölbevorratungsverband turnusmäßig seine jährliche Freigabeübung durch, diesmal wieder in seinem externen Backup-Rechenzentrum. Die Freigabeübung war mit einem Notstrom-Test verbunden, d. h., dass gegen Ende der Übung die externe Stromversorgung abgeschaltet wurde und die Arbeiten unter Einsatz einer Netzersatzanlage fortgesetzt wurden. Der erfolgreiche Übungsverlauf bestätigte, dass sich alle notwendigen Systeme auf dem aktuellen Anwendungsstand befinden und der Erdölbevorratungsverband eine Freigabe unter Einsatz der vorhandenen Infrastruktur abwickeln kann. Auch die aktuelle Freigabe von Vorratsbeständen dokumentiert, dass der Erdölbevorratungsverband jederzeit in der Lage ist, seinen gesetzlichen Aufgaben nachzukommen.

Zu den Bevorratungseinrichtungen anderer Staaten und zur Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris unterhalten wir weiterhin sehr gute Kontakte.

Nach Auftreten der Corona-Pandemie hatte der Erdölbevorratungsverband bereits frühzeitig Maßnahmen ergriffen, um auch in dieser besonderen Lage handlungsfähig zu sein und den gesetzlichen Auftrag jederzeit erfüllen zu können. So wurde ein Hygiene- und Abstandskonzept entwickelt, zusätzliche Notebooks und Bildschirme beschafft und letztlich ein umfassendes IT- und Personalkonzept erstellt, das die Arbeitsfähigkeit des Erdölbevorratungsverbandes sowohl bei einem umfassenden mobilen Arbeitsmodell als auch bei einem Schichtsystem sicherstellt.

In Abhängigkeit von der Infektionslage hat der Erdölbevorratungsverband flexibel agiert und die anstehenden Tagesgeschäfte zum Teil an seinem Geschäftssitz und zum Teil in Form mobilen Arbeitens getätigt. Die Infektionslage wird weiterhin beobachtet, bewertet und die getroffenen organisatorischen Maßnahmen werden entsprechend angepasst.

Im Namen des Erdölbevorratungsverbandes bedanken wir uns für die gute Zusammenarbeit vor allem bei den Mitgliedsunternehmen, den Lagerhaltern, den Kreditinstituten und den Versicherern sowie bei allen Unternehmen, Organisationen und Verbänden, die zur erfolgreichen Durchführung unserer Aufgaben beigetragen haben.

Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Engagement ihren Beitrag zum gemeinsamen Erfolg geleistet haben.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kahl

Dr. Dirk Sommer

Bericht des Beirates

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Beirat hat sich im Berichtszeitraum regelmäßig über die Tätigkeit des Erdölbevorratungsverbandes durch mündliche und schriftliche Berichte des Vorstandes unterrichtet und die Tätigkeit des Vorstandes überwacht. Darüber hinaus wurden der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Beirates vom Vorstand regelmäßig über die wesentliche Geschäftsentwicklung informiert.

Der Beirat kam im Berichtsjahr zu drei ordentlichen Sitzungen zusammen. Dabei befasste er sich vor allem mit der Bestandshaltung (insbesondere der Vorratspflicht und Deckung sowie der unterirdischen Lagerung und der Tankraumbeschaffung), den Lagereinrichtungen inklusive der Erweiterung des Kavernenspeichers in Wilhelmshaven-Rüstringen, einer Anpassung der *Richtlinie für die Tätigkeit des Erdölbevorratungsverbandes im Freigabefall*, dem Risikomanagement, mit grundlegenden Fragen der Beitragserhebung, Geschäftsvorfällen von besonderer Bedeutung, mit Personalangelegenheiten, der Feststellung des Wirtschaftsplans 2022/2023 einschließlich des Beitragssatzes ab dem 1. April 2022 sowie mit dem Jahresabschluss 2020/2021 und der Bestellung des Jahresabschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2021/2022.

Beschlüsse des Beirates wurden bei Bedarf durch Empfehlungen der zuständigen Ausschüsse unterstützt.

Am 4. März 2022 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in einem international abgestimmten Schritt zur Stabilisierung der Mineralölpreise, die infolge des Krieges in der Ukraine angestiegen waren, die *Fünfte Verordnung über die Freigabe von Vorräten des Erdölbevorratungsverbandes* erlassen. Die so freigegebenen Mineralölmengen wurden vom Erdölbevorratungsverband erneut sehr zuverlässig und zügig dem Markt zur Verfügung gestellt.

Das Geschäftsjahr war geprägt von der noch anhaltenden Corona-Pandemie sowie der erwähnten Kriegssituation in der Ukraine. Diesen Krisen hat sich der EBV erfolgreich gestellt und seine Aufgaben und Pflichten vollumfänglich erfüllt.

In der personellen Zusammensetzung des Beirates gab es im Berichtszeitraum folgende Veränderungen:

Im Berichtsjahr schieden Herr Jörg Debus und Herr Ministerialdirigent Dr. Steffen Meyer als Mitglieder des Beirates sowie Herr Stefan Küfner und Herr Dr. Gerhard Wagner als stellvertretende Mitglieder des Beirates aus. Nach Ablauf des Geschäftsjahres schied im

April 2022 Frau Ministerialdirigentin Ursula Borak als Mitglied des Beirates aus. Der Beirat dankt den Ausgeschiedenen für ihre langjährige engagierte Mitarbeit im Beirat des Erdölbevorratungsverbandes.

Von der Mitgliederversammlung am 25. November 2021 wurden Frau Sonja Wiechert als Mitglied des Beirates und Herr Christian Howe als stellvertretendes Mitglied des Beirates neu gewählt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat nach Ablauf des Geschäftsjahres im April 2022 Herrn Ministerialdirigenten Ulrich Benterbusch als Mitglied des Beirates entsandt.

Die vom Beirat am 17. September 2021 als Jahresabschlussprüfer bestellte Bietergemeinschaft ESC Wirtschaftsprüfung GmbH und CFH Cordes + Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte, Hamburg, hat den Jahresabschluss und den Lagebericht des Erdölbevorratungsverbandes für das Geschäftsjahr 2021/2022 (1. April 2021 bis 31. März 2022) geprüft.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechen nach der pflichtgemäßen Prüfung dem § 29 Absatz 1 Erdölbevorragungsgesetz und den ergänzenden Regelungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Den Jahresabschluss 2021/2022 hat der Beirat in seiner Sitzung am 16. September 2022 geprüft und ebenfalls keine Einwendungen erhoben. Er empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss unverändert festzustellen.

Der Beirat dankt dem Vorstand und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Tätigkeit im zurückliegenden Geschäftsjahr und empfiehlt der Mitgliederversammlung, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Langhoff

Vorsitzender des Beirates

Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An den Erdölbevorratungsverband Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Erdölbevorratungsverbandes Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Erdölbevorratungsverband KdöR, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 29 Abs. 1 des Gesetzes über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölzeugnissen (ErdölBevG) sowie den ergänzenden Bestimmungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Körperschaft zum 31. März 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat. Wir weisen jedoch - ohne das Urteil einzuschränken - darauf hin, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht unter Einhaltung des Erdölbevorragungsgesetzes sowie des Finanzstatuts, welches auf die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze hinweist, aufgestellt wurden. Damit liegt nicht immer zwingend eine Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Rechnungslegungsgrundsätzen vor.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Prüfungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften des § 29 Abs. 1 des Erdölbevorratungsgesetzes sowie den ergänzenden Bestimmungen des Finanzstatuts des Erdölbevorratungsverbandes in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Körperschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der

zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen im Sinne des Erdölbevorratungsgesetzes ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Prüfungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht auf der Grundlage des Erdölbevorratungsgesetzes sowie des Finanzstatuts, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen.

Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Körperschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben. Diese Beurteilung erfolgt ausschließlich auf der Grundlage des ErdölBevG.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Körperschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Prüfungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Prüfungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Körperschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

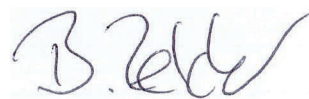
Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, den 08. Juli 2022

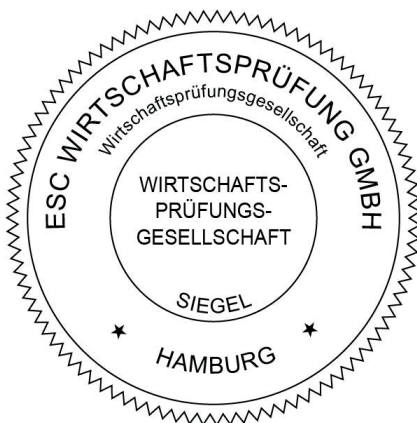
Bietergemeinschaft bestehend aus der CFH Cordes + Partner Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte, Hamburg, und der ESC Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg



Beatrix Arlitt
Wirtschaftsprüferin



Britta Zelder
Wirtschaftsprüferin



Siegel-Nr.: 37/2022

Lagebericht

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2022

1. Wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen

1.1. Struktur und Aufgaben

Der Erdölbevorratungsverband ist eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts auf der Grundlage des Erdölbevorragungsgesetzes (ErdölBevG).

Der Erdölbevorratungsverband ist mitgliedschaftlich organisiert. Mitglied ist, wer in der Europäischen Union, der Schweiz oder in Norwegen ansässig ist und gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen Ottokraftstoff, Dieselmkraftstoff, Heizöl Extra Leicht oder Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1 einführt oder für eigene Rechnung in der Bundesrepublik Deutschland herstellt oder herstellen lässt. Die Mitglieder zahlen auf diese eingeführten oder hergestellten Mengen Pflichtbeiträge.

Die gesetzliche Aufgabe und somit geschäftliche Tätigkeit besteht darin, Vorräte an Erdöl (Rohöl) und Erdölerzeugnissen zur Sicherung der Energieversorgung nach Maßgabe des ErdölBevG zu halten und diese im Falle einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz verordneten Freigabe vorrangig den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen.

In seiner Wirtschaftsführung ist der Erdölbevorratungsverband weitgehend selbständig und führt ein kaufmännisches Rechnungswesen gemäß handelsrechtlichen Grundsätzen. Einzelheiten regelt das Finanzstatut des Erdölbevorratungsverbandes.

Organe des Verbandes sind die Mitgliederversammlung, der Beirat und der Vorstand. Zusammensetzung und Aufgaben der Organe richten sich nach dem ErdölBevG und der Satzung des Erdölbevorratungsverbandes.

Der Erdölbevorratungsverband unterliegt der Rechtsaufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Die Bevorratungspflicht umfasst gemäß den gesetzlichen Bestimmungen grundsätzlich die während der letzten drei Kalenderjahre durchschnittlich im Laufe von 90 Tagen in die Bundesrepublik Deutschland eingeführten Mengen an Erdöl (Rohöl) und bestimmten Erdölerzeugnissen.

Die vom Erdölbevorratungsverband gehaltenen Vorräte werden oberirdisch in Tanklagern und unterirdisch in Kavernen gelagert. Bei der Lagerung der Erdölerzeugnisse wird auf eine regional ausgewogene Verteilung geachtet. Die Bestände an Rohöl werden im Wesentlichen an sieben Kavernenstandorten gehalten.

Die notwendigen Tankraumkapazitäten werden fast ausschließlich von Dritten unter Vertrag genommen, während die unterirdische Lagerung zu großen Teilen in eigenen Kavernen durchgeführt wird.

Während die Anschaffung von Beständen und Lagereinrichtungen im Wesentlichen durch Kredite finanziert werden kann, werden die Beiträge der Mitglieder zur Erfüllung der operativen Verbandsaufgaben sowie der Fremdkapitalzinsen verwendet. Die Höhe des Beitragsatzes wird vor Beginn eines Geschäftsjahres unter Berücksichtigung des im kommenden Geschäftsjahr zu erwartenden Mittelbedarfs einheitlich für alle Mitglieder und Erdölerzeugnisse festgelegt.

Aufgrund der Bestimmungen des ErdölBevG kann der Verband nur durch Gesetz aufgelöst werden. Für diesen Fall übernimmt die Bundesrepublik Deutschland etwa noch bestehende Verbindlichkeiten. Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Verbandes ist gesetzlich ausgeschlossen.

1.2. Bevorratungspflicht

Das ErdölBevG sieht eine Bevorratungspflicht und deren Deckung in Rohöläquivalenten (COE) vor.

Die Bevorratungspflicht kann sowohl durch Eigentumsbestände an Erdöl, Ottokraftstoff, Dieselmkraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1 als auch durch Delegationen erfüllt werden. Bei Delegationen handelt es sich um Verträge mit Mitgliedsunternehmen oder Dritten, die diese verpflichten, Bestände zur ausschließlichen Verfügung des Erdölbevorratungsverbandes vorzuhalten.

Die Bevorratungspflicht wird vorrangig durch physisch vorhandene Mineralölvorräte erfüllt, die im Hinblick auf die gesetzliche Anrechenbarkeit auf die Pflichtbevorratung in Rohöläquivalente umgerechnet werden.

Bei der Ermittlung der Bevorratungspflicht in Rohöläquivalenten wird bei den Nettoimporten von Rohöl ein Mengenabzug für Naphtha und bei den Nettoimporten von Erdölerzeugnissen ein rechnerischer Zuschlag zum Ausgleich des zur Herstellung von Produkten anfallenden Eigenverbrauches in Raffinerien in Ansatz gebracht.

Bei den bevorrateten Rohölen werden vier Prozent abgezogen, während die Produkte mit dem Faktor 1,2 gewichtet werden. Von der Summe dieser auf die Bevorratungspflicht angerechneten Vorratsmengen werden abschließend zehn Prozent nach den gesetzlichen Bestimmungen abgezogen.

1.3. Mineralölkonsum

Nach den Mineralölzeiten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ist der Verbrauch von Mineralölerzeugnissen in 2021 in Höhe von 92,0 Mio. t im Vergleich zum Vorjahr um 1,8 % zurückgegangen.

Der Verbrauch der bevorrateten Erdölerzeugnisse ist im Kalenderjahr 2021 gegenüber 2020 um 3,6 % gesunken. Dieser Rückgang ist ausschließlich auf den Rückgang beim Heizöl Extra Leicht zurückzuführen, wohingegen im Mobilitätssektor wieder leichte Zuwächse zu verzeichnen waren.

Beim Ottokraftstoff stieg der Verbrauch um 1,6 %, beim Diesellokraftstoff um 0,4 % und beim Flugturbinenkraftstoff Jet A-1 um 29,3 %, während der Konsum beim Heizöl Extra Leicht um 28,1 % abnahm.

2. Geschäftsverlauf 2021/2022

2.1. Logistik und Bestände

2.1.1. Entwicklung der Bevorratungspflicht

Die Bevorratungspflicht ergibt sich aus den Vorschriften des § 3 Abs. 1 ErdölBevG.

Die Höhe der Bevorratungspflicht gilt jeweils vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres und wird bis zum Ende des Monats März eines Jahres durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle mitgeteilt.

Für den Zeitraum bis zum 30. Juni 2021 galt eine Bevorratungspflicht in Höhe von 23,0 Mio. t COE. Dieser Bevorratungspflicht lagen die in Rohöläquivalenten bewerteten Durchschnittsnettoeinfuhren an Erdöl und Erdölerzeugnissen des Kalenderjahres 2019 zugrunde.

Für den Zeitraum ab dem 1. Juli 2021 wurde im März 2021 eine Bevorratungspflicht in Höhe von 21,777 Mio. t COE durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle bekanntgegeben. Der Ermittlung dieser Vorratspflicht liegen die in Rohöläquivalenten bewerteten Durchschnittsnettoeinfuhren an Erdöl und Erdölerzeugnissen für 90 Tage der Kalenderjahre 2018 bis 2020 zugrunde.

Zusammengefasst hat sich die Bevorratungspflicht wie folgt entwickelt:

bis 30. Juni 2021	ab 1. Juli 2021	Erhöhung (+) Verminderung (-)
in Tsd. t COE	in Tsd. t COE	in Tsd. t COE
22.991	21.777	- 1.214

Durch die fünfte Freigabeverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz vom 4. März 2022 wurde eine Absenkung um 434 Tsd. t. COE auf 21,343 Mio. t COE verfügt.

2.1.2. Entwicklung der Bestandshaltung

Die operative Deckung der Bevorratungspflicht belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 22,1 Mio. t COE.

Zum Ende des Geschäftsjahres ergab sich eine Überdeckung von 3,6 %.

	Rohöl- äquivalent	Rohöl	Produkte
	t	t	t
Eigentums mengen		13.887.748	8.637.468
Delegations mengen		448.330	364.156
		14.336.078	9.001.624
Abzug 4 %		573.443	
Zuschlag 20 %			1.800.325
anrechenbarer Bestand	24.564.584	13.762.635	10.801.949
Abzug 10 %	2.456.458		
Deckung 31.03.2022	22.108.126		
Deckungsbedarf ab dem 05.03.2022	21.343.000		
Überdeckung in %	765.126 3,6		

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2022/2023 ergibt sich hinsichtlich der Bevorratungspflicht und deren Deckung folgendes:

	Rohöl- äquivalent	Rohöl	Produkte
	t	t	t
Deckungsbedarf bis zum 30.06.2022	21.343.000		
Deckung 01.04.2022	22.169.065		
Überdeckung in %	826.065 3,9		

Die Produkt-/Rohölanteile haben sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

Produkt-/Rohölanteile	31.03.2022	31.03.2021
	in %	in %
Produkte	45,6	47,7
Rohöl	58,0	53,8
Deckung	103,6	101,5

Zum Ende des Geschäftsjahres 2021/2022 beliefen sich die Produktbestände auf 9,7 Mio. t COE. Die Erzeugnisstruktur der Vorräte wird entsprechend dem Konsumverlauf kontinuierlich angepasst.

2.1.3. Verteilungsgrundsätze im Krisenfall

Die Freigabe von Vorräten im Krisenfall wird gemäß § 12 ErdölBevG vorrangig an die Mitgliedsunternehmen entsprechend ihrem Beitragsanteil am gesamten Beitragsaufkommen vorgenommen. Die Versorgung der Verbraucher wird somit im Rahmen der Logistik der Mineralölwirtschaft sichergestellt, sodass im Freigabefall gewachsene Versorgungsstrukturen so weit wie möglich genutzt werden können.

2.1.4. Ausschreibung zum Abschluss von Tankraum- und Delegationsverträgen

Das Volumen der bis zum Ende des Geschäftsjahres 2021/2022 befristeten Lager- und Delegationsverträge wurde in einem Vergabeverfahren unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bevorratungspflicht öffentlich ausgeschrieben.

Für den Vertragsbeginn am 1. April 2022 wurden 4,4 Mio. cbm Tankraum angeboten, von denen 3,3 Mio. cbm kontrahiert wurden.

2.1.5. Kontrolle der Vertragserfüllung

Die Reisebeschränkungen durch die COVID-19-Pandemie erschwerten die Kontrolle der Vertragsverpflichtungen durch Außenprüfungen erheblich und erforderten zeitliche Flexibilität bei der Durchführung von Prüfungsterminen. Dennoch wurde die Erfüllung der Vertragsverpflichtungen im Berichtsjahr 2021/2022 in 132 Vertragstanklagern überprüft.

Dabei wurde die Einhaltung von 601 laufenden und abgelaufenen Lager- und Delegationsverträgen kontrolliert. In zwei Fällen wurden Beanstandungen ausgesprochen. Gemeldete Ersatzmengen wurden in einem Fall nicht vollständig abgedeckt, in einem weiteren Fall kam es zu einer Beanstandung von Delegationsmengen.

2.1.6. Regionale Verteilung

Nach einem Beschluss des Bund-Länder-Ausschusses Erdölbevorratung sind jeweils mindestens 15 Tage sofort zugreifbarer Bestände an Ottokraftstoff einerseits sowie an Dieselloskraftstoff und Heizöl Extra Leicht andererseits in fünf definierten Versorgungsbereichen, die im Wesentlichen dem logistischen Umfeld der Raffineriezentren entsprechen, oberirdisch vorzuhalten.

Die regionale Verteilung der oberirdisch und unterirdisch gelagerten Vorräte und der Delegationsmengen zum 31. März 2022 stellte sich wie folgt dar:

	Ottokraftstoff Tsd. t	Mitteldestillate Tsd. t	Erdöl Tsd. t	Gesamt Tsd. t
Schleswig-Holstein	107	638	625	1.370
Hamburg	19	137	0	156
Niedersachsen	772	165	11.594	12.531
Bremen	8	1.165	0	1.173
Nordrhein-Westfalen	122	1.282	1.447	2.851
Hessen	48	227	0	275
Rheinland-Pfalz	91	347	0	438
Saarland	0	0	0	0
Baden-Württemberg	182	826	149	1.157
Bayern	118	711	102	931
Mecklenburg-Vorpommern	8	59	0	67
Sachsen-Anhalt	32	47	93	172
Berlin	75	502	0	577
Brandenburg	54	114	75	243
Thüringen	175	129	0	304
Sachsen	79	67	0	146
Inland	1.890	6.416	14.085	22.391
Ausland	20	677	251	948
Gesamt	1.910	7.093	14.336	23.339

Die Vorräte sind den tatsächlichen Lagerorten zugeordnet, ohne logistische Anbindungen zu berücksichtigen.

Der gesetzlichen Verpflichtung zur regional ausgewogenen Lagerung der Produktbestände wird somit Rechnung getragen.

2.1.7. Qualitätssicherung

Der Erdölbevorratungsverband überwacht bei den in gesonderter Lagerung eingelagerten Erdölerzeugnissen die Qualität der Bestände durch Entnahme von Proben, deren Analyse und die anschließende Auswertung der so gewonnenen Daten. Auch bei der Probennahme für Kontrollanalysen wirkten sich die Reisebeschränkungen durch die COVID-19-Pandemie negativ aus und erforderten eine flexible Planung unter Zuhilfenahme von zusätzlichen externen Kapazitäten bei den Probennahmen im europäischen Ausland.

Die im Geschäftsjahr durchgeführten Qualitätskontrollen der langzeitgelagerten Erdölerzeugnisse zeigen, dass das Qualitätssicherungssystem „ProQuality“ die Erwartungen weiterhin umfassend erfüllt. Mit den in einer Datenbank hinterlegten langjährigen Analysen, insbesondere bei gesonderter Lagerung, führt das Programm zu einer hinreichenden Vorhersage über die langfristige Lagerungsstabilität von Mineralölprodukten. Dies trägt zur stets spezifikationsgerechten Auslieferungsfähigkeit bei und gibt Indikationen für den idealen Zeitpunkt eines Austausches der Ware. Zur Erfüllung dieser Qualitätssicherung wird eng mit renommierten Laboren im In- und Ausland zusammengearbeitet. Durch Kooperation mit externen IT-Dienstleistern wird weiterhin die zukünftige Funktionsfähigkeit des Programms „ProQuality“ sichergestellt.

Bei gemeinschaftlicher Lagerung obliegt die Sicherstellung einer spezifikationsgerechten Qualität der Erdölerzeugnisse während der Vertragsdauer dem Lagerhalter.

Die kontinuierlich durchgeführten Probennahmen und Analysen der in den Salzkavernen langzeitgelagerten Rohöle haben auch im Berichtszeitraum keine Hinweise auf die Beeinträchtigung der Qualität durch die Bildung von Sediment oder Ölschlamm ergeben. Umlagerungen von Rohölen und Veräußerungen von Beständen wurden durch Probennahmen qualitativ umfangreich überwacht.

2.1.8. Kavernenbetrieb

In den Kavernenspeichern in Wilhelmshaven-Rüstringen, Bremen-Lesum, Sottorf und Heide lagerten zum Bilanzstichtag 31. März 2022 insgesamt 11,7 Mio. t Bestände.

Die Betriebsführung an diesen Standorten ist der NWKG übertragen.

Am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen begann die Übernahme von 3 Mio. cbm Rohöl in die Kavernen des Verteiler 6 im Dezember 2020 mit der Befüllung der ersten Kaverne. Bis Ende Februar 2022 wurden in diese Kavernen insgesamt 2,9 Mio. cbm Rohöl eingelagert. Ab Anfang März 2022 wurden aufgrund der Freigabeverordnung Teilmengen aus dem Kavernenspeicher ausgelagert.

An den Standorten Bremen-Lesum, Sottorf und Heide gab es im Berichtsjahr keine wesentlichen Umschlagaktivitäten.

2.2. Beiträge

2.2.1. Beitragssatz

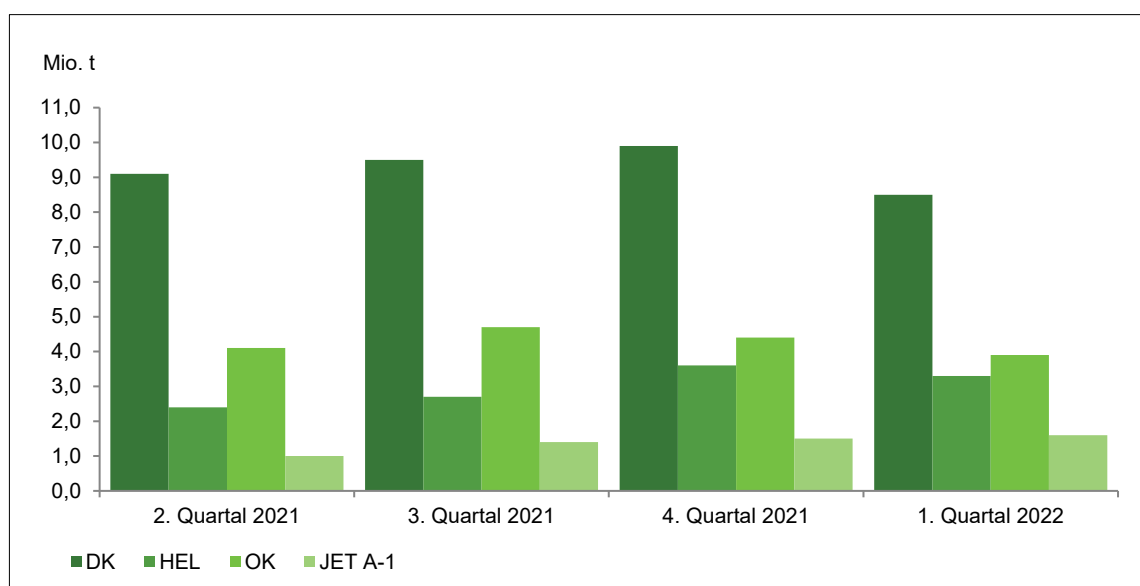
Der am 11. Februar 2021 vom Beirat beschlossene und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen ebenfalls am 11. Februar 2021 genehmigte einheitliche Beitragssatz für die beitragspflichtigen Erdölerzeugnisse Ottokraftstoff, Diesellochstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenlochstoff JET A-1 betrug im Berichtsjahr unverändert 3,56 EUR/t.

2.2.2. Beitragspflichtige Mengen

Mit 70,5 Mio. t beliefen sich die gesamten beitragspflichtigen Mengen im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5,9 % zwar über den Mengen des Vorjahres, lagen jedoch um 5,7 % unter dem Planwert von 74,8 Mio. t. Die Erhöhung der Herstellungs- und Einfuhrmengen fällt mit 2,6 Mio. t bei Flugturbinenlochstoff JET A-1 am Stärksten aus (Diesellochstoff +2,0 Mio. t, Ottokraftstoff +1,8 Mio. t), der Rückgang beim Heizöl Extra Leicht beläuft sich auf 0,9 Mio. t.

Bei den von den Mitgliedsfirmen gemeldeten Erstattungsmengen sind Erhöhungen mit 873 Tsd. t beim Diesellochstoff und mit 525 Tsd. t beim Flugturbinenlochstoff JET A-1 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, während diese beim Heizöl Extra Leicht mit 199 Tsd. t im Vergleich der beitragspflichtigen Mineralölprodukte rückläufig gewesen sind. Beim Ottokraftstoff ergaben sich mit 2,9 Mio. t keine Veränderungen bei den Abzugsmengen der Mitglieder gegenüber dem Vorjahr.

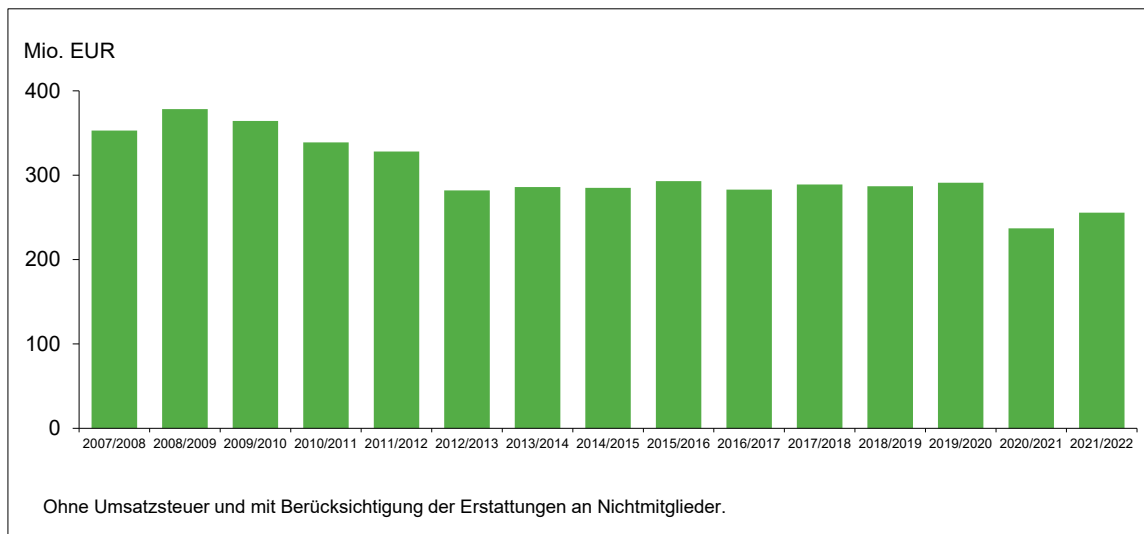
Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung der beitragspflichtigen Mengen im Berichtsjahr je Kalenderquartal:



2.2.3. Beitragsaufkommen

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen betrugen EUR 251,0 Mio. und lagen damit um EUR 15,3 Mio. bzw. 5,7 % unter den Ansätzen des Wirtschaftsplanes.

Die längerfristige Entwicklung des Beitragsaufkommens stellt sich wie folgt dar:



Die Mitgliedsunternehmen kamen ihren Melde- und Beitragszahlungspflichten ganz überwiegend korrekt nach.

Gleichwohl führten Prüfungen der Importmengen in 29 Fällen zu Nachmeldungen von insgesamt TEUR 604 und zu Erstattungen von insgesamt TEUR 32. Aus der Prüfung von Herstellungs- und Abzugsmengen resultierten in 25 Fällen Beitragserstattungen in Höhe von TEUR 988.

Bei den Erstattungsanträgen der Nichtmitglieder mit einem Gesamtvolumen von EUR 4,8 Mio. gab es acht weitergehende Überprüfungen, aufgrund derer per Saldo TEUR 8 an den Erdölbevorratungsverband zurückgezahlt wurden.

Für verspätete Zahlungen wurden Verzugszinsen in Höhe von TEUR 38 vereinnahmt. Im Berichtsjahr gab es keine insolvenzbedingten Beitragsausfälle.

2.3. Entwicklung des Anlagevermögens

Das Anlagevermögen ist gegenüber dem Vorjahr um EUR 321,3 Mio. auf EUR 4.355,0 Mio. gesunken.

Rückläufigen Buchwerten bei den Vorräten an Erdöl und Erdölerzeugnissen in Höhe von EUR 331,7 Mio. stehen Erhöhungen beim Sachanlagevermögen von im Saldo EUR 10,4 Mio. gegenüber.

Mit einem Gesamtumfang von EUR 14,8 Mio. wurde im Berichtsjahr in technische Projekte zum Ausbau und zur Verbesserung der Sicherheit an den Lagerstandorten investiert. Dies betrifft insbesondere die Ausstattung mit Ringraumkomplettierungen. Der Einbau dient der Prävention vor Umweltschäden bei Aufrechterhaltung und Gewährleistung der Betriebs- und Auslagerungsbereitschaft. Der vollständige Abschluss dieser Investitionsmaßnahmen an sämtlichen Kavernenstandorten wird daher mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Ein wesentlicher Anteil der Investitionsausgaben entfällt mit EUR 14,5 Mio. auf den Kavernenspeicher Wilhelmshaven-Rüstringen. Während davon EUR 4,9 Mio. die Ausstattung von zwei Kavernen mit jeweils einer Ringraumkomplettierung betreffen, wurde mit Ausgaben in Höhe von EUR 4,4 Mio. die Erweiterung des Verwaltungsgebäudes der NWKG fortgesetzt. Ein weiterer wesentlicher Anteil entfällt in Höhe von EUR 4,1 Mio. auf die Fertigstellung der im Verteiler 6 zusammengefassten Kavernen K 802, K 803 und K 805, deren Herstellungskosten nach der Inbetriebnahme aus den Anlagen im Bau in die technischen Anlagen umgegliedert wurden.

Für die Einhausung von Kavernen, die Beschaffung einer Verpumpungseinheit zur internen Umpumpung von Entlastungsmengen sowie eine weitere mobile Verpumpungsanlage wurden nachträglich insgesamt EUR 0,9 Mio. investiert.

Investitionen am Standort des Kavernenspeichers Heide entfallen auf Planungsleistungen für den Neubau einer Halle. Technische Maßnahmen der Umrüstung einer Kaverne für die Öllagerung am Standort Lesum werden im Geschäftsjahr 2022/2023 fortgesetzt.

Im Zuge der Tankraum Ausschreibung 2020 wurden insbesondere Ottokraftstoff, Diesellokraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Flugturbinenkraftstoff JET A-1 im Gesamtwert von EUR 32,7 Mio. beschafft.

Im Ergebnis der Tankraum Ausschreibung 2021 wurden im Wesentlichen Ottokraftstoff, Diesellokraftstoff und Flugturbinenkraftstoff JET A-1 im Gesamtwert von EUR 11,0 Mio. verkauft.

Weitere Vorratsabgänge betreffen mit EUR 192,6 Mio. insbesondere den Abbau der seit dem 1. Juli 2021 geminderten Bevorratungspflicht sowie mit EUR 26,6 Mio. die Reduzierung der Bestände aufgrund der Freigabe vom 4. März 2022. Im Zuge der Anpassung der Deckung an die Bevorratungspflicht wurde im Wesentlichen Diesellokraftstoff in Höhe von EUR 61,2 Mio. in Kopenhagen und Wilhelmshaven, Flugturbinenkraftstoff Jet A-1 in Höhe von EUR 53,4 Mio. in Gent und Wilhelmshaven, Rohöl in Höhe von EUR 51,6 Mio. in Etzel sowie Heizöl Extra Leicht in Höhe von EUR 19,4 Mio. an Raffineriestandorten verkauft.

Im Rahmen von Wälzungen ergaben sich Bestandswertminderungen im Umfang von EUR 121,2 Mio. Davon entfallen EUR 20,3 Mio. auf Ablieferungen von Ottokraftstoff, EUR 27,6 Mio. auf Diesellokraftstoff, EUR 28,5 Mio. auf Heizöl Extra Leicht sowie EUR 45,5 Mio. auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1.

Mess- und Dichteabweichungen im Rahmen der Inventur führten produktübergreifend zu Ausbuchungen im Umfang von EUR 1,3 Mio.

Darüber hinaus ergaben sich nach Abschluss von Handelsgeschäften Wertminderungen in Höhe von EUR 11,8 Mio. aus übertragenen Buchungswerten des Ausgleichspostens.

2.4. Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Die Bestände an Mineralöl und Mineralölerzeugnissen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. t COE auf 22,1 Mio. t COE. Ursächlich ist hierfür zum einen die mit Beginn des 1. Juli 2021 geltende und auf 21,8 Mio. t COE reduzierte Vorratspflicht. Der Bestandsabbau entfällt dabei insbesondere auf Mitteldestillate.

Mit der Freigabe von Vorräten im März 2022 wurden Dieselkraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Rohöl im Gesamtumfang von 146,3 Tsd. t bereitgestellt. Die Versorgung der Märkte mit den angebotenen Mengen wurde an den größeren Raffinerie- und Lagerstandorten vorgenommen.

Die nach dem ErdölBevG für einen Zeitraum von 90 Tagen mindestens zu haltenden Durchschnittsnettoeinfuhren der letzten drei Kalenderjahre waren ganzjährig physisch vorhanden.

Den Erfordernissen einer abgesenkten Vorratspflicht folgend, wurde auch der für die Einlagerung benötigte Tank- und Kavernenraum mit Wirkung zum Beginn des folgenden Geschäftsjahres zum 1. April 2022 entsprechend angepasst.

Mit der Fertigstellung des Verteiler 6 am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen ist ein unterirdisches Lagerungsvolumen in Höhe von 11,6 Mio. cbm vorhanden. Die Befüllung wurde mit Eigentumsbeständen an Nordsee-Rohölen durch Umlagerung aus Fremdkavernen in Etzel vorgenommen und betrug zum Ende des Geschäftsjahres 11,0 Mio. cbm.

3. Rechtliche Verhältnisse

3.1. Organe und Ausschüsse

Die Zusammensetzung und die Aufgaben der Organe richten sich nach dem ErdölBevG und der Satzung des Erdölbevorratungsverbandes.

Entsprechend der gesetzlichen Ermächtigung hat der Beirat einen Wirtschaftsausschuss und einen Beiratungsausschuss eingerichtet, die den Beirat und den Vorstand beraten. Diese Ausschüsse, dessen Mitglieder vom Beirat berufen werden, setzen sich aus Personen der Mitgliedsunternehmen zusammen.

Die Zusammensetzung des Beirates, der Ausschüsse und des Vorstandes ist im Anhang zum Jahresabschluss enthalten.

3.2. Mitglieder- und Stimmrechtsverteilung

Im Berichtsjahr schieden insgesamt zehn Unternehmen aus, während sieben Unternehmen neu oder erneut Mitglied wurden.

Zum Stichtag 31. März 2022 hatte der Verband 93 Mitglieder.

Nach § 17 ErdölBevG erhält jedes Mitglied zunächst eine Stimme und gegebenenfalls weitere Stimmen unter Berücksichtigung seines Anteils am Beitragsaufkommen.

Die Verteilung der Stimmen auf die Mitglieder zum 31. März 2022 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Anzahl der Mitglieder	Stimmenverteilung	
	31.03.2022	31.03.2021
mit jeweils 1 Stimme	72	74
2 bis 5 Stimmen	7	9
6 bis 10 Stimmen	7	6
mehr als 10 Stimmen	7	7
Mitglieder gesamt	93	96
Stimmen gesamt	311	322

An der 44. Mitgliederversammlung am 25. November 2021 nahmen selbst oder durch Bevollmächtigte 36 Mitglieder mit 213 Stimmen teil (65 % der Gesamtstimmen).

4. Vermögenslage

Zum Bilanzstichtag am 31. März 2022 betrug die Bilanzsumme EUR 5.361,8 Mio. und lag in Höhe von EUR 528,7 Mio. über dem Vorjahr.

Das langfristig gebundene Vermögen verringerte sich um EUR 321,3 Mio. auf EUR 4.355,0 Mio. bzw. 81,2 % der Bilanzsumme (Vj.: 96,8 %).

Veränderungen ergaben sich insbesondere bei dem um EUR 58,2 Mio. erhöhten Buchwert der technischen Anlagen und aus Abgängen in Höhe von EUR 47,2 Mio. bei den im Bau befindlichen Anlagen. Des Weiteren sind in der Veränderung des langfristig gebundenen Vermögens gegenüber dem Vorjahr Abgänge von Vorräten in Höhe von EUR 331,7 Mio. enthalten. Die Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen verringerten sich auf EUR 4.233,5 Mio. bzw. 79,0 % der Bilanzsumme (Vj.: 94,5 %).

Ursächlich für den Rückgang der Einstandswerte der Vorräte im abgelaufenen Geschäftsjahr sind im Wesentlichen mit EUR 192,6 Mio. Verkäufe an Mineralöl und Mineralölerzeugnissen im Zuge der Absenkung der Bevorratungspflicht ab dem 1. Juli 2021. Des Weiteren kam es in Höhe von EUR 120,9 Mio. zu Ablieferungen im Rahmen von Produktwälzungen und in Höhe von EUR 26,6 Mio. zu Veräußerungen von Produktbeständen im Rahmen der Freigabe. Weitere Minderungen der Einstandswerte betrafen in Höhe von EUR 11,0 Mio. Verkäufe im Rahmen der Tankraumausschreibung 2021.

Darüber hinaus ergaben sich bei den Vorräten nach der Beendigung von Handelsgeschäften Minderungen der Einstandswerte, die aus der Übertragung von Buchungswerten des Ausgleichspostens im Umfang von EUR 11,8 Mio. resultieren.

Das kurzfristig gebundene Vermögen erhöhte sich um insgesamt EUR 850,0 Mio. auf EUR 1.006,8 Mio. bzw. 18,8 % der Bilanzsumme (Vj.: 3,2 %). Hierzu haben insbesondere ein am Bilanzstichtag um EUR 726,6 Mio. erhöhter Forderungsbestand sowie die um EUR 123,1 Mio. gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Guthaben bei Kreditinstituten beigetragen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 705,1 Mio. erhöht. Ursächlich für die Erhöhung des Forderungsbestandes am Stichtag sind im Wesentlichen Fakturen zu Verkäufen von Mineralölerzeugnissen zur Frischhaltung sowie zu den Ablieferungen aus angenommenen Angeboten der Freigabe.

Bedingt durch die seit dem 1. Juli 2021 rückläufige Vorratspflicht konnten aus dem Bestandsabbau von Mineralöl und Mineralölerzeugnissen Einnahmenüberschüsse erzielt werden, die am Bilanzstichtag – nach Tilgung der Tages- und Termingeldverbindlichkeiten – als liquide Mittel in Höhe von EUR 123,1 Mio. verfügbar waren.

Auf der Passivseite beträgt der Anteil des mittel- und langfristig gebundenen Kapitals EUR 5.055,1 Mio. bzw. 94,3 % der Bilanzsumme.

Davon entfallen EUR 3.093,7 Mio. auf das mittel- und langfristige Fremdkapital sowie EUR 1.961,4 Mio. auf Rücklageposten.

Der Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um EUR 507,7 Mio. auf EUR 561,6 Mio. Dieser Anstieg resultiert in Höhe von EUR 115,0 Mio. aus Veräußerungen von Erdölzeugnissen im Rahmen der Freigabe, in Höhe von EUR 364,1 Mio. aus der laufenden Frischhaltung sowie in Höhe von EUR 28,6 Mio. aus dem Bestandsabbau zur Anpassung an die ab dem 1. Juli 2021 geltende Bevorratungspflicht.

Die Rückstellungen sind im Umfang von EUR 25,4 Mio. auf EUR 463,8 Mio. angestiegen. Davon entfallen im Saldo EUR 16,5 Mio. auf Zuführungen für die Kavernenspeicher, EUR 5,5 Mio. auf Rückerstattungen aus zu korrigierenden Beitragsmeldungen, EUR 2,1 Mio. auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Kavernenübernahme in Lesum und EUR 1,3 Mio. auf Verpflichtungen im Zusammenhang mit der betrieblichen Altersversorgung.

Mit einem Rückgang um EUR 340,1 Mio. auf EUR 39,0 Mio. reduzierte sich auch das kurzfristige Fremdkapital in bedeutendem Umfang. Ursächlich hierfür ist die Tilgung der Tages- und Termingeldverbindlichkeiten in Höhe von EUR 337,3 Mio.

Neben dem kurzfristigen Fremdkapital verringerte sich auch das mittel- und langfristige Fremdkapital. Dem Rückgang um EUR 68,5 Mio. liegen insbesondere Tilgungen der langfristigen Kapitalverbindlichkeiten in Höhe von EUR 187,0 Mio. zugrunde, denen eine Kapitalaufnahme in Höhe von EUR 103,5 Mio. gegenübersteht.

Das langfristig gebundene Vermögen wurde überwiegend durch mittel- und langfristiges Kapital finanziert. Die Rücklagenquote ist mit 26,1 % an der Bilanzsumme weiterhin stabil (Vj.: 21,5 %).

Die Ausgleichsrücklage umfasst – aufgrund der Deckung operativer Aufwendungen durch die Inanspruchnahme der gesetzlichen Rücklage – zum Bilanzstichtag den durchschnittlichen Wert von 4,0 Monatsbeiträgen (Vj.: 5,8-facher Wert).

5. Finanzlage

5.1. Kapitalstruktur

Im Berichtsjahr verringerte sich das Fremdkapital im Saldo um EUR 423,6 Mio. Dem Rückgang liegen neben Tilgungen von langfristigen Finanzschulden in Höhe von EUR 187,0 Mio. insbesondere Rückzahlungen von Geldmarktverbindlichkeiten in Höhe von EUR 337,3 Mio. zugrunde.

Der Investitionsbedarf für den Einkauf von Vorräten und Sachanlagen in Höhe von EUR 47,6 Mio. konnte vollständig aus den Einzahlungen des Investitions-Cashflows finanziert werden.

Auch der Mittelbedarf aus der Finanzierungstätigkeit konnte durch Einzahlungen aus dem Verkauf von Mineralölerzeugnissen und Rohöl in Höhe von EUR 655,4 Mio. vollständig gedeckt werden.

Insgesamt verringerte sich die langfristige Finanzverschuldung zum Bilanzstichtag um EUR 83,5 Mio. bzw. 2,9 % auf EUR 2.810,0 Mio. gegenüber dem Vorjahr.

Die Geldmarktfinanzierung konnte im Berichtsjahr vollständig eingestellt werden.

Zum Bilanzstichtag verfügte der Erdölbevorratungsverband über liquide Mittel in Höhe von EUR 123,1 Mio. Diese standen als jederzeit verfügbare Einlage im Wesentlichen bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH zur Verfügung.

Zur Deckung eines kurzfristigen Liquiditätsbedarfes sind weiterhin Kreditlinien vorhanden. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit sichergestellt. Es bestanden keine Rückzahlungs- und Fremdwährungsrisiken. Kredite werden ausschließlich in Euro denominiert.

5.2. Finanzierungsinstrumente

Der längerfristige Liquiditätsbedarf wird grundsätzlich durch die Begebung von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen gedeckt. Die Platzierung am Kapitalmarkt wird zu Festzinssätzen vorgenommen.

Der durchschnittliche Zinssatz der gesamten Kapitalmarktdarlehen verringerte sich um 8 Basispunkte auf 2,66 % p. a. (Vj.: 2,74 % p. a.).

Der zum Bilanzstichtag ausgewiesene Bestand an langfristigen Kapitalverbindlichkeiten in Höhe von EUR 2.810,0 Mio. gliedert sich wie folgt:

Finanzierungsinstrumente	31.03.2022		31.03.2021	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %
Namensschuldverschreibungen	2.146.500	76,4	2.192.000	75,8
Schuldscheindarlehen	638.500	22,7	676.500	23,4
Inhaberschuldverschreibungen	25.000	0,9	25.000	0,9
Gesamt	2.810.000	100,0	2.893.500	100,0

Die langfristigen Kreditverbindlichkeiten verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 83,5 Mio. als Ergebnis aus der Kapitalaufnahme in Höhe von EUR 103,5 Mio. abzüglich der Tilgungen in Höhe von EUR 187,0 Mio.

Die Verringerung der langfristigen Kapitalverbindlichkeiten entfällt mit EUR 45,5 Mio. auf Namensschuldverschreibungen und mit EUR 38,0 Mio. auf Schuldscheindarlehen.

Die Gläubigerstruktur stellt sich wie folgt dar:

Gläubigerklassen	31.03.2022		31.03.2021	
	in TEUR	in %	in TEUR	in %
Versicherer	1.083.500	38,6	1.246.500	43,1
Kreditinstitute	1.120.000	39,8	1.041.000	36,0
Pensionskassen, Versorgungswerke, sonstige Gläubiger	606.500	21,6	606.000	20,9
Gesamt	2.810.000	100,0	2.893.500	100,0

Die langfristigen Kreditverbindlichkeiten verteilen sich am Bilanzstichtag auf 114 Gläubiger. Davon entfallen 58 auf Versicherer, 32 auf Pensionskassen, Versorgungswerke und sonstige Gläubiger sowie 24 auf Kreditinstitute. Entsprechend der überwiegend langfristigen Emissionslaufzeiten ist die Struktur der Darlehensgeber diversifiziert und hinsichtlich der Zusammensetzung gegenüber dem Vorjahr stabil.

Die Kreditverbindlichkeiten gegenüber den Versicherern veränderten sich aus neu begebenen Schuldtiteln im Umfang von EUR 40,0 Mio., aus planmäßig geleisteten Tilgungen im Umfang von EUR 81,0 Mio. sowie aus Abtretungen an Kreditinstitute im Umfang von EUR 122,0 Mio.

Aufgrund dieses Gläubigerwechsels bei den auf dem Sekundärmarkt im Umlauf befindlichen Darlehen und Schuldverschreibungen kam es in der Gläubigerklasse der Kreditinstitute zu moderaten Zugängen aus Abtretungen, aus Kreditaufnahmen im Umfang von EUR 58,0 Mio. abzüglich von Tilgungen im Umfang von EUR 101,0 Mio.

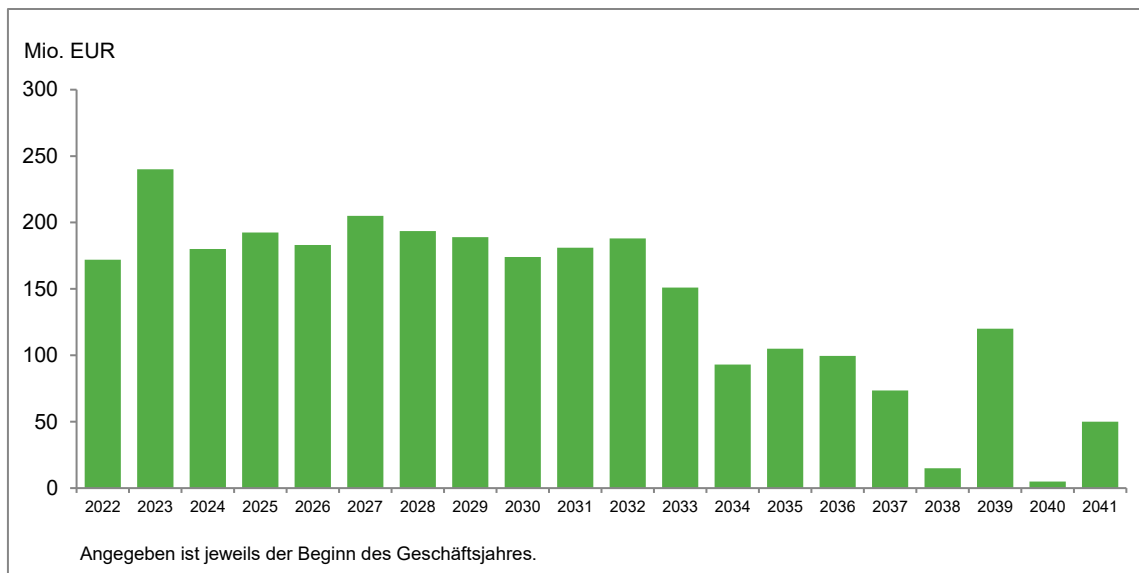
5.3. Kapitalbindungsfristen

Die Fremdkapitalaufnahme am Kapitalmarkt orientiert sich im Hinblick auf die Fälligkeit grundsätzlich an den mittelfristigen Prognosen zum inländischen Mineralölkonsum, deren Auswirkungen auf die Bevorratungspflicht und der voraussichtlichen Kapitalbindungsdauer der Vorräte.

Die Laufzeiten der langfristigen Kreditaufnahmen des Geschäftsjahres 2021/2022 betragen sechs und neun sowie zwischen 13 und 16 Jahren. Das bestehende Fälligkeitsprofil des Kreditportfolios verlängert sich insoweit nicht. Die Neuaufnahmen wurden zur Glättung der jährlichen Kapitalbindung vorgenommen.

Das Fälligkeitsprofil des Kreditportfolios ist ausgewogen. Die durchschnittliche Höhe der jährlichen Tilgungen beträgt EUR 140,5 Mio.

Die folgende Grafik zeigt den Umfang der in den jeweiligen Geschäftsjahren fälligen Anleihen und langfristigen Darlehen:



5.4. Kreditrating

Die Ratingagentur Moody's Deutschland GmbH hat die Einstufung der Kreditwürdigkeit im November 2021 im hochwertigen Investment-Grade-Bereich unverändert bestätigt.

Diese Positionierung wird von Moody's Deutschland unter anderem mit der strategischen Bedeutung für die Versorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts sowie dem im ErdölBevG und in der Beitragssatzung verankerten System der Beitragsfinanzierung begründet.

Ratingeinstufung 2021/2022	Langfristiges Emittentenrating / Ausblick	Kurzfristiges Emittentenrating
Moody's	Aaa / stabil	P-1

Die Definition für diese Ratingeinstufung lautet:

Obligations rated Aaa are judged to be of the highest quality, subject to the lowest level of credit risk. Ratings of Prime-1 reflect a superior ability to repay short-term obligations.

(Quelle: https://www.moodys.com/researchdocumentcontentpage.aspx?docid=PBC_79004)

Die Beurteilung der Kapitaldienstfähigkeit durch die Ratingagentur Moody's Deutschland GmbH begünstigt die Finanzierung über den direkten und uneingeschränkten Zugang zum Kapitalmarkt durch strukturadäquate Risikoprämien auf die Referenzzinssätze im jeweiligen Laufzeitsegment der Schuldscheindarlehen und der Namensschuldverschreibungen.

5.5. Besicherung

Kreditverträge wurden unter der Verpflichtung abgeschlossen, keinen anderen Darlehensgebern und Anleihegläubigern bessere Rechte oder Sicherheiten einzuräumen. Die Erfüllung dieser Verpflichtung gegenüber den Kreditgebern wird jährlich durch den Nachweis eines Wirtschaftsprüfers erbracht.

Darüber hinaus unterliegen die Vertragsabschlüsse über den Tausch, die Wälzung oder den Verkauf von Mineralöl unverändert der Besicherung durch den jeweiligen Vertragspartner und/oder dessen Garantiegeber. Um das Kontrahentenrisiko zu reduzieren, werden als Sicherungsgeber Kreditinstitute und Kreditversicherer bis zur Höhe eines limitierten Sicherungsbetrages und einem bestätigtem geringem Ausfallrisiko akzeptiert.

6. Ertragslage

Die Ertragslage ist durch die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen, Erträge aus Veräußerungen, Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen, Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie durch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen geprägt.

Während die operativen Erträge des Geschäftsjahres mit EUR 424,6 Mio. deutlich gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, war bei den Aufwendungen des Geschäftsjahres ein moderater Rückgang um EUR 10,0 Mio. zu verzeichnen.

Der Anstieg der Mitgliedsbeiträge gegenüber dem Vorjahr um EUR 13,9 Mio. auf EUR 251,0 Mio. entfällt mit EUR 6,5 Mio. auf Ottokraftstoff, mit EUR 7,4 Mio. auf Flugturbinenkraftstoff Jet A-1 sowie mit EUR 2,9 Mio. auf Dieselmkraftstoff. Beim Heizöl Extra Leicht war mit EUR 2,8 Mio. ein leichter Rückgang der Mitgliedsbeiträge zu verzeichnen. Insgesamt haben sich jedoch die relativen Anteile der beitragspflichtigen Produkte am gesamten Beitragsaufkommen nur leicht verändert. Den höchsten Anteil am Beitragsaufkommen hatten – wie bereits in Vorjahren – die auf Dieselmkraftstoff entfallenden Mitgliedsbeiträge mit 52,5 % (Vj.: 54,4 %). Auf Ottokraftstoff entfielen 24,5 % (Vj.: 23,2 %), auf Heizöl Extra Leicht 15,1 % (Vj.: 17,2 %) und 7,9 % (Vj.: 5,2 %) auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1.

Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen und die sonstigen Erlöse haben in Höhe von 83,0 % zur Deckung der Aufwendungen beigetragen (Vj.: 76,2 %).

In Anpassung an die seit dem 1. Juli 2021 geltende und um 1,2 Mio. t COE gesunkene Bevorratungspflicht fielen Erträge aus der Veräußerung von Mineralöl und Mineralölerzeugnissen an. Aus dem Verkauf von Beständen wurden Erträge in Höhe von EUR 169,9 Mio. für Dieselmkraftstoff, in Höhe von EUR 116,7 Mio. für Rohöl, in Höhe von EUR 65,9 Mio. für Heizöl Extra Leicht, in Höhe von EUR 54,6 Mio. für Flugturbinenkraftstoff Jet A-1 sowie in Höhe von EUR 3,9 Mio. für Ottokraftstoff erzielt.

Mit einem Anteil von 51,0 % bilden die Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen weiterhin die größte Aufwandsposition (Vj.: 49,8 %). Insgesamt sind die aus der Einlagerung von Mineralölerzeugnissen und Mineralöl und der vertraglichen Vorhaltung von Delegationsmengen abgerechneten Vergütungen im abgelaufenen Geschäftsjahr per Saldo um EUR 1,3 Mio. auf EUR 154,9 Mio. gesunken. Hierfür ist insbesondere das bei Heizöl Extra Leicht und bei Rohöl rückläufige Lager- bzw. Kavernenvolumen ursächlich.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen in Höhe von EUR 17,1 Mio. operative Kosten der Betriebsführung der Speicherstandorte sowie in Höhe von EUR 20,4 Mio. die für die Instandhaltung der technischen Anlagen und der Speicher anfallenden Kosten. Darüber hinaus fielen Kosten für den Umschlag und die Logistik in Höhe von EUR 4,2 Mio., insbesondere für die Verpumpung und Umlagerung von Rohölmengen aus Kavernenanlagen Dritter, für Produktauslagerungen bei Bestandsverkäufen sowie im Rahmen der Freigabe an. Für die Erfüllung von Rückbauverpflichtungen wurden EUR 6,0 Mio. abzüglich der Inanspruchnahme in Höhe von EUR 0,7 Mio. für Kosten der vorbereitenden Planung der Kavernenstilllegung durch eine Ingenieurgesellschaft zugeführt.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betrugen EUR 88,0 Mio. bzw. 29,0 % der gesamten Aufwendungen (Vj.: 29,3 %). Darin enthalten sind die auf die Finanzierung der Erdölbevorratung entfallenden Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 76,4 Mio. sowie zinsähnliche Aufwendungen in Höhe von EUR 11,6 Mio.

Die auf die Finanzierung der Erdölbevorratung entfallenden Zinsaufwendungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um EUR 4,2 Mio. bzw. 5,2 %. Im Ergebnis sanken die Aufwendungen aufgrund der mit der Tilgung höherverzinslicher Kredite von EUR 187,0 Mio. entfallenden Finanzierungskosten um EUR 4,6 Mio., denen niedrigere Refinanzierungskosten aus der Aufnahme von Kapitalmarktverbindlichkeiten in Höhe von EUR 103,5 Mio. gegenüberstehen.

Die zinsähnlichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 294 auf EUR 11,3 Mio., da sich die Aufzinsungsbasis der Rückbauverpflichtungen um die periodischen Zuführungen der Erfüllungsbeträge erhöhte.

Weitere EUR 0,3 Mio. entfallen auf Pensionsrückstellungen, die zu dem von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Rechnungszins von 1,81 % p.a. abgezinst wurden.

7. Risiken und Chancen

7.1. Risikomanagementsystem

Zur Steuerung und Überwachung des laufenden Geschäfts ist ein kontinuierlicher Prozess zur Risikobeurteilung eingerichtet, der die wesentlichen wirtschaftlichen Risiken, die sich aus der Erdölbevorratung ergeben, kategorisiert und bewertet. Für alle identifizierten Risiken wurden aus Eintrittswahrscheinlichkeiten und erwarteten Schadenausmaßen Risikograde entwickelt. Die Höhe des Risikogrades und dessen Priorisierung ist dabei Ausdruck der Steuerungsnotwendigkeit der Einzelrisiken.

Maßnahmen zur Risikovermeidung bzw. -begrenzung werden in einem Risikoportfolio dokumentiert und laufend überwacht, um frühzeitig Veränderungen zu erkennen und Anpassungen vorzunehmen. Die Berichterstattung an den Beirat umfasst einen jährlichen Risikobericht des Vorstandes mit den als hoch, mittel und niedrig bewerteten Einzelrisiken, deren Entwicklung zwischen den unterjährigen Erhebungszeitpunkten überwacht und dokumentiert wird.

7.2. Risiken und Chancen aus der Umsetzung des Bevorratungsauftrages

Der Krisenversorgungsauftrag umfasst die regionale Lagerung, Überwachung und Anpassung der Vorratsmengen an Erdöl (Rohöl) und Erdölerzeugnissen. Diese werden unterirdisch in Kavernen und oberirdisch in Tanks gelagert und zur Qualitätserhaltung bzw. zur Anpassung an geänderte Standards oder zur Anpassung an eine geänderte Verbrauchsstruktur regelmäßig ausgetauscht.

Hierzu werden Verkaufs- und Einkaufsverträge mit namhaften Geschäftspartnern aus der Mineralölwirtschaft abgeschlossen.

Die damit einhergehenden Preis-, Mengen-, Logistik- und Kontrahentenrisiken sowie rechtlichen und steuerrechtlichen Risiken werden unter anderem durch qualifizierte Vertragsbedingungen, deren regelmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung, durch eine Besicherung sowie ein Bonitätsmonitoring weitgehend reduziert.

7.3. Recht

Wesentliche rechtliche Risiken sind nicht erkennbar. Gerichtsverfahren waren zum Stichtag nicht anhängig. Die bestehenden Verfahrensabläufe werden kontinuierlich überprüft, um rechtliche Risiken zu minimieren.

7.4. Personal

Im Personalbereich ergeben sich Risiken aus der demografischen Entwicklung, aus der Personalfluktuations sowie aus dem Mangel an verfügbaren qualifizierten Fachkräften am Arbeitsmarkt. Durch eine frühzeitige Nachfolgeplanung, die Flexibilisierung der Arbeitsformen außerhalb des Bürostandortes sowie die Ausschöpfung der für die Personalbeschaffung zur Verfügung stehenden Instrumente wird diesen Risiken Rechnung getragen.

Um auch die Einsatzbereitschaft in den Geschäftsräumen des Erdölbevorratungsverbandes sicherzustellen, sind die schon im Vorjahr implementierten Corona-Präventionsmaßnahmen weiter fortgesetzt worden. Es wurden weiterhin FFP2-Schutzmasken beschafft und an die Belegschaft ausgegeben. Ebenso wurde die Luftqualität und Arbeitssicherheit in den Geschäftsräumen durch den Einsatz von Luftreinigungsanlagen und CO₂-Messgeräten sichergestellt. Für alle Beschäftigten wurden zudem kontinuierlich zertifizierte Corona-Schnelltests zur Verfügung gestellt.

Angebote zur betrieblichen Sozialberatung sowie die Möglichkeit zur Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen dienen dem Ziel, Gefährdungen der psychischen und der physischen Gesundheit frühzeitig und präventiv zu erkennen. Darüber hinaus trägt die Teilnahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulungen zur Arbeitssicherheit der Vermeidung von Gesundheits- und Arbeitsausfallrisiken bei.

Zur beruflichen Weiterentwicklung werden externe Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen angeboten. Dem Wissenstransfer zwischen Fachbereichen wird mit Arbeitsgruppen und Projektteams Rechnung getragen.

Die betriebliche Ausbildung dient im Bedarfsfall der Nachwuchssicherung sowie einer angemessenen Personalausstattung. Zur Wahrnehmung der sozialen Verantwortung sollen Ausbildungsplätze in der kaufmännischen und der technischen Ausbildung im Geschäftsjahr 2022/2023 angeboten werden.

7.5. Informationstechnologie

Der Einsatz moderner und leistungsfähiger IT-Systeme, für deren Betreuung Wartungs- und Servicevereinbarungen mit Dienstleistungsunternehmen abgeschlossen sind, unterstützt die dauerhafte Verfügbarkeit der IT-Anwendungen und ist für die Wahrnehmung der Krisenversorgungsaufgabe unabdingbar. Durch regelmäßige Kontrollen und die Weiterentwicklung von Sicherungssystemen wird den ständig steigenden Bedrohungen für die Informationssicherheit entgegengewirkt. Regelmäßige Überprüfungen des Notfallmanagements unterstützen die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der IT-Systeme.

Im Berichtsjahr wurden umfangreiche Investitionen im Bereich IT-Sicherheit getätigt, um so dem erhöhten Bedrohungspotential zu begegnen, das durch die COVID-19-Pandemie und die Ausweitung des Geschäftsbetriebs auf mobiles Arbeiten entstanden ist. Einzelne IT-Projekte mussten aufgrund von Lieferschwierigkeiten verschoben werden.

7.6. Finanzierung

Finanzierungsrisiken werden durch eine Diversifikation der Finanzierungsinstrumente und – u. a. aufgrund der Ratingeinstufung – den direkten Zugang zum Geld- bzw. Kapitalmarkt reduziert. Des Weiteren wird durch die Auswahl der Geschäftspartner, insbesondere der Kreditinstitute, eine Verbreiterung der Investorenbasis und der Verfügbarkeit von Finanzmitteln angestrebt.

Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Liquiditätsplanung identifiziert. Ein ausgewogenes Fälligkeitsprofil der Finanzschulden, die Disposition des Nettoumlaufvermögens und bestehende Geldmarktklinien begrenzen das Liquiditätsrisiko und reduzieren kurzfristige Schwankungen der operativen Zahlungsströme.

Das Sicherungsinteresse an fristgerecht abgegebenen Beitragsmeldungen und die laufende Überwachung des Zahlungsverhaltens der Mitglieder sind Gegenstand interner Prozesse zur Minderung von Beitragsausfallrisiken.

Geschäftspartnerrisiken werden zentral überwacht. Bei operativen Transaktionen werden Ausfallrisiken durch standardisierte Sicherungsinstrumente in Form von Bankgarantien sowie von Garantiegebern mit hoher Bonität begrenzt. Darüber hinaus sorgt die Festlegung von Limiten je Garantiegeber für eine Begrenzung der Höhe von Ausfallrisiken.

Das in Vorjahren abgeschlossene und im Jahr 2030 auslaufende Festzinstermingeschäft dient der Planungssicherheit über die Höhe der jährlichen Zinsbelastung aus einem zinsvariablen Grundkreditgeschäft.

7.7. Umwelt

Umweltrisiken bestehen aufgrund der Lagerung von Mineralölen, also vor allem hinsichtlich der Nutzung von Kavernenspeichern und Tanklagern einschließlich der zugehörigen Infrastruktur.

Die Verfahrensabläufe und der Stand der Technik der Mineralöllagerung werden von der mit der Betriebsführung beauftragten NWKG kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt, um Umweltrisiken zu minimieren.

Zur Abdeckung der Kosten bei der Behebung eventueller Umweltschäden besteht Versicherungsschutz in angemessenem Umfang und angemessener Höhe.

8. Prognosebericht

8.1. Mineralölkonsum

Vor dem Hintergrund des mittel- und langfristig rückläufigen Konsums von Erdölerzeugnissen ist auch eine rückläufige Bevorratungspflicht zu erwarten. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und dem damit einhergehenden starken Konsumrückgang hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle zum 1. Juli 2022 einen Rückgang der Bevorratungspflicht von 1,1 Millionen Tonnen COE mitgeteilt. Ein weiterer Rückgang, wenn auch in geringerem Umfang, ist zum 1. Juli 2023 zu erwarten, da auch der Verbrauch des Jahres 2022 vermutlich hinter dem des Jahres 2019 zurückbleiben und damit der Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2022 unter dem Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2021 liegen wird.

Schätzungen zum mittelfristigen Konsum aus dem Kreis unserer Mitgliedsunternehmen lassen erst ab 2023 eine Stabilisierung der Bevorratungspflicht auf einem dann niedrigeren Niveau erwarten, wobei es ab 2027 zu weiteren deutlichen Rückgängen bei der Bevorratungspflicht kommen dürfte.

Dieser Entwicklung wird durch Verringerung der Rohöl- und Produktbestände Rechnung getragen. Auf die Laufzeiten neuer Lagerverträge im Zuge der jährlichen Ausschreibung wird dabei ein besonderes Augenmerk gerichtet.

Trotz abnehmender Bedeutung wird Mineralöl jedoch zunächst weiter zu den wichtigsten Primärenergieträgern Deutschlands zählen und den deutschen Energiebedarf nachhaltig beeinflussen.

8.2. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2022/2023 ist insgesamt ein Investitionsvolumen in Höhe von EUR 18,4 Mio. vorgesehen. Die für das Sachanlagevermögen genehmigten Ausgaben betreffen am Standort des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen mit EUR 5,6 Mio. den Einbau von Ringraumkomplettierungen in drei weitere Kavernen, mit EUR 1,9 Mio. die Solung der Kaverne K 804, mit EUR 1,4 Mio. den Einbau von Druckminderern zur Druckstufentrennung in drei Kavernen sowie mit EUR 1,4 Mio. die Erneuerung von drei Kavernenköpfen mit höheren Druckstufen für Altkavernen. Weitere EUR 0,9 Mio. betreffen nachträgliche Herstellungskosten für die im Verteiler 6 befindlichen Kavernen. Darüber hinaus sind für die Gebäudetechnik am Verwaltungsgebäude, die Installation eines Entkoppelungstanks sowie für Beschaffungen technischer Ausrüstungen insgesamt EUR 1,4 Mio. geplant.

Am Standort des Kavernenspeichers Heide sollen zwei Kavernen mit jeweils einer Ringraumkomplettierung ausgestattet werden. Ausgaben in Höhe von EUR 3,1 Mio. wurden aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr zur Fortsetzung dieser Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2022/2023 übertragen.

Das betrifft mit EUR 0,9 Mio. auch einen Hallenneubau zur Lagerung von Ausrüstungsgegenständen.

Weitere EUR 0,9 Mio. betreffen die Neuausrüstung einer Kaverne in Lesum sowie Planungsleistungen zur Anpassung technischer Anlagen zur Öleinlagerung.

8.3. Standortbezogene Aspekte

Die vorrangigen Ziele der Kavernenspeicherung sind die sichere Lagerung und die jederzeitige Auslagerungsbereitschaft an den Speicherstandorten Wilhelmshaven-Rüstringen, Bremen-Lesum, Sottorf und Heide.

Bei der Lagerung in Tanklagern Dritter wird die regional ausgewogene Verfügbarkeit von Erzeugnissen angestrebt und die vertraglich vereinbarte technische Infrastruktur zur Anbindung an die Mineralöllogistik und die Auslieferungsstrukturen des Mineralölmarktes durch Vertragspartner gewährleistet.

8.4. Mitarbeiter

Die nach dem Stellenplan zur Verfügung stehenden 27 Planstellen waren am 31. März 2022 im Umfang von 25,1 Vollzeitäquivalenten besetzt. Die fortschreitende Digitalisierung, ein zunehmend virtuelles Arbeitsumfeld sowie die Herausforderungen im Zuge der Pandemie stellen erhöhte Anforderungen an die Fähigkeiten und Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ziel der Nachfolgeplanung ist es, qualifiziertes und motiviertes Fachpersonal zu gewinnen, zu entwickeln und langfristig zu binden.

8.5. Kooperationen

Bevorratungsorganisationen anderer Länder, die in der ACOMES-Gruppe zusammengeschlossen sind und mit denen eng kooperiert wird, kommen jährlich zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Aufgrund der fortwährenden COVID-19-Pandemie fand auch dieses Jahr das Treffen wieder online statt. Durch den Erdölbevorratungsverband wurden aktiv Beiträge und Präsentationen in die Diskussionen eingebracht.

Mit ELABCO, einer internationalen Gruppe von Laborexperthen und Qualitätsmanagern internationaler Bevorratungsorganisationen und -agenturen, werden analytische und technische Fragen, insbesondere der Qualitätssicherung bei Langzeitlagerung, beraten. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist dabei der jährliche Ringversuch mit einer Auswertung der Norm- und Alterungsteste. 2021 wurde zum zweiten Mal eine Jetfuel A-1 Probe aus einem Lager des EBV im Rahmen des Ringversuches von Laboren aus ganz Europa und Kanada analysiert. Dabei zeigten sich große Unterschiede in der Präzision einzelner analytischer Messmethoden und analytischer Labore.

Aufgrund eines Vorschlages der nationalen belgischen Bevorratungsorganisation APETRA wird der Ringversuch 2022 mit Benzin unter großer internationaler Beteiligung durchgeführt.

Das jährliche Treffen der ELABCO-Gruppe fand 2021 als hybride Veranstaltung mit weltweiter Beteiligung statt, die Veranstaltung wurde im September 2021 durch die slowenische Bevorratungsorganisation in Bled organisiert. Wie üblich wurde das Treffen in einer offenen und partnerschaftlichen Atmosphäre erfolgreich durchgeführt und charakterisiert durch eine große Fülle von interessanten Beiträgen zur Analytik und Langzeituntersuchungen von Kraftstoffen.

Ergebnisse dieser Untersuchungen und Beratungen finden unmittelbar Eingang in das Qualitätssicherungssystem „ProQuality“, welches von vielen europäischen Bevorratungsorganisationen und -agenturen genutzt wird. Als Beispiel sei unsere wissenschaftliche Kooperation mit einer ausländischen Forschungseinrichtung zur multivariaten Datenanalyse von jahrelangen Analytikdaten diverser europäischer Bevorratungsorganisationen genannt.

Die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit in der DIN-Normungsarbeit und in den DGMK-Fachausschüssen für Brenn- und Kraftstoffe sichert die Aktualität und Nähe zu Entwicklungen neuer Spezifikationen und Testverfahren. Dieses ist gerade im Hinblick auf die anstehenden Veränderungen in Bezug auf den verstärkten Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen für die Kraftstoffherstellung außerordentlich wichtig zu verfolgen, um auch in Zukunft die Versorgung mit normgerechten Kraftstoffen im Krisenfall sicherzustellen.

8.6. Voraussichtliche Entwicklung

Gegenüber dem Kalenderjahr 2021 hat sich der Konsumrückgang für die bevorrateten Erdölerzeugnisse im ersten Quartal 2022 nicht fortgesetzt. Während der inländische Verbrauch im Kalenderjahr 2021 auf einen besonders rückläufigen Konsum beim Heizöl Extra Leicht zurückzuführen war, sind im ersten Quartal des Jahres 2022 Konsumzuwächse gegenüber dem Vorjahresquartal über alle bevorrateten Mineralölprodukte zu verzeichnen gewesen. Diese entfallen mit 12,0 % auf Ottokraftstoff, mit 11,3 % auf Dieselloskraftstoff und mit 70,2 % auf Flugturbinenkraftstoff JET A-1. Der Verbrauch des dem Wärmesektor zuzuordnenden Heizöl Extra Leicht erhöhte sich um 29,0 % gegenüber dem ersten Quartal des Jahres 2021.

Diese Veränderungen, die dem rückläufigen Mineralölkonsum des Kalenderjahres 2021 beim Import von Mineralölprodukten und bei der Einfuhr von Rohöl vorausgehen, schlagen sich daher im Rahmen der rechnerischen Ermittlung der Bevorratungspflicht für den ab dem 1. Juli 2022 beginnenden Bevorratungszeitraum nieder.

Aufgrund dieser deutlich niedrigeren täglichen Durchschnittsnettoeinfuhren für 90 Tage des Kalenderjahres 2021 wurde für den ab dem 1. Juli 2022 beginnenden Bevorratungszeitraum der Durchschnitt der täglichen Nettoeinfuhren für 90 Tage der drei Kalenderjahre 2019, 2020 und 2021 zugrunde gelegt.

Ausgehend von den Regelungen in § 3 ErdölBevG entwickelt sich daher die Bevorratungspflicht zunächst wie folgt:

bis 30. Juni 2022	ab 1. Juli 2022	Erhöhung (+) Verminderung (-)
in Tsd. t COE	in Tsd. t COE	in Tsd. t COE
21.777	20.666	- 1.111

Der Deckungsbedarf reduziert sich durch die fünfte Freigabeverordnung bis zum Ablauf des 31. August 2022 jeweils um die freigegebenen Mengen in Höhe von 434 Tsd. t COE und ergibt sich ausgehend von den Regelungen in § 12 ErdölBevG wie folgt:

bis 30. Juni 2022	bis 31. August 2022	Erhöhung (+) Verminderung (-)
in Tsd. t COE	in Tsd. t COE	in Tsd. t COE
21.343	20.232	- 1.111

Mit Beginn des 1. September 2022 steigt der Deckungsbedarf wiederum auf die originäre Bevorratungspflicht des am 1. Juli 2022 beginnenden Bevorratungszeitraums. Es ist zunächst vorgesehen, die operative Deckung durch Verkäufe von Rohöl aus Kavernenstandorten Dritter anzupassen.

Veränderungen des Deckungsbedarfes sowie operative Maßnahmen zur Anpassung des Bestandes sind nicht auszuschließen, wenn es aufgrund von Lieferunterbrechungen von Erdöl und Erdölerzeugnissen notwendig wird, weitere Bestände freizugeben.

Für das Geschäftsjahr 2022/2023 werden Erträge aus Beiträgen von EUR 234,9 Mio. geplant, denen ein unveränderter Beitragssatz in Höhe von 3,56 EUR/t zugrunde liegt.

Die sich daraus ergebenden beitragspflichtigen Mengen in Höhe von 65,9 Mio. t basieren auf Erwartungen über die relative Veränderung des Inlandsabsatzes bevorratungspflichtiger Produkte bewertet mit den im Geschäftsjahr realisierten und im Trendverlauf hochgerechneten Absatzmengen. Gegenüber dem Berichtsjahr ist die Mengenplanung moderat rückläufig.

Die Deckung der beitragswirksamen Aufwendungen in Höhe von EUR 311,3 Mio. wird durch Mitgliedsbeiträge in Höhe von EUR 234,9 Mio., sonstige Erlöse, Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von EUR 2,4 Mio. sowie Entnahmen sowohl aus der Gesetzlichen Rücklage in Höhe von EUR 19,9 Mio. als auch aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von EUR 42,8 Mio. gewährleistet.

Die beitragswirksamen Aufwendungen des Geschäftsjahres 2022/2023 basieren u. a. auf vertraglich zu zahlenden Entgelten für die Nutzung kontrahierten Tank- und Kavernenraums, auf Betriebsführungs- und Instandhaltungskosten für die Kavernenspeicher und Tanklager sowie auf Zinsaufwendungen der Kapitalmarktkredite und Darlehen.

Die Möglichkeit, dass die COVID-19-Pandemie aufgrund neuer Virusvarianten erneut zu Einschränkungen des öffentlichen Lebens und damit der Mobilität führt, kann nicht ausgeschlossen werden. Daher sind etwaige Auswirkungen von erneut pandemiebedingt eintretenden Mobilitätsbeschränkungen auf den Mineralölkonsum und damit die Einnahmensituation aus beitragspflichtigen Mengen nur mit Unsicherheit zu planen.

Im Geschäftsjahr 2022/2023 werden Kapitalmarktkredite in Höhe von EUR 172,0 Mio. fällig. Eine Refinanzierung ist vor dem Hintergrund der bereits aus dem abgeschlossenen Geschäftsjahr verfügbaren liquiden Mittel und der aus dem weiteren Verkauf von Rohöl zufließenden Liquidität zunächst nicht vorgesehen.

Dem Bestandsabbau von Mineralölvorräten liegen Rohöl-Preisnotierungen und Devisenkurse an den Terminmärkten des dritten Quartals 2021 für das Geschäftsjahr 2022/2023 zugrunde. Angesichts der Unsicherheit über den Zeitpunkt einer konjunkturellen Erholung der Rohstoffnachfrage, beim Abbau von Lieferketten-Problemen und bei der Volatilität der Preise auf den Rohstoffmärkten ergeben sich Unsicherheiten in den Konjunkturprojektionen für das laufende Geschäftsjahr.

In der für die Jahre 2022 und 2023 vorgelegten „Aktualisierte(n) Konjunkturprognose 2022 und 2023“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden geopolitische Unsicherheiten sowie stark gestiegene Energiepreise als Gründe einer gedämpften Investitions- und Konsumnachfrage in 2022 genannt.

Aufgrund der vorgenannten Unsicherheiten gehen die Konjunkturforscher erst im 3. Quartal 2022 von einer Erholung der Wirtschaftsleistung aus, die das Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019 erreicht.

Ob sich diese Entwicklung auch für das Jahr 2023 ergibt, dürfte angesichts des deutlichen Anstiegs von Energie- und Verbraucherpreisen mit Auswirkungen auf die Konsumnachfrage sowie von Störungen der Wertschöpfungs- und Lieferketten weiterhin mit großen Unsicherheiten verbunden sein.

Daher sind Aussagen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung und eine Erholung des inländischen Mineralölabsatzes und damit über die Höhe der Erträge aus Mitgliedsbeiträgen nach wie vor nicht belastbar möglich.

Jahresabschluss 2021/2022

Bilanz

zum 31. März 2022

Aktiva	31.03.2022 TEUR	31.03.2021 TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Software	66	12
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.505	10.932
2. Technische Anlagen und Maschinen	95.218	37.025
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	625	837
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	15.029	62.209
	121.377	111.003
III. Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen		
1. Ottokraftstoff	462.167	481.972
2. Dieselmkraftstoff	990.215	1.094.190
3. Heizöl Extra Leicht	224.840	277.043
4. Fluggturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis	291.846	389.630
5. Erdöl	2.264.459	2.322.405
	4.233.527	4.565.240
IV. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	28	28
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Beiträgen	51.179	38.310
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	822.830	117.709
3. Sonstige Vermögensgegenstände	8.931	279
	882.940	156.298
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	123.112	58
C. Rechnungsabgrenzungsposten	722	451
	5.361.772	4.833.090

	31.03.2022	Passiva 31.03.2021
	TEUR	TEUR
A. Reinvermögen		
I. Ausgleichsrücklage	83.748	115.183
II. Gesetzliche Rücklage	1.097.563	703.401
III. Zweckgebundene Rücklagen	218.500	218.500
	1.399.811	1.037.084
B. Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten	561.570	53.907
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	16.155	14.873
2. Sonstige Rückstellungen	447.648	423.525
	463.803	438.398
D. Verbindlichkeiten		
1. Anleihen	2.171.500	2.217.000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Abtretungsgläubigern	677.547	1.055.611
3. Verbindlichkeiten aus Beiträgen	3.809	2.267
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.192	4.839
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	18.564	17.464
6. Sonstige Verbindlichkeiten	59.939	2.121
	2.932.551	3.299.302
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.037	4.399
	5.361.772	4.833.090

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

	Plan TEUR	Ist TEUR	Abweichung TEUR
1. Mitgliedsbeiträge und sonstige Erlöse	266.300	252.030	- 14.270
2. Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen des Anlagevermögens	79.000	411.049	332.049
3. Sonstige betriebliche Erträge	41	90	49
4. Personalaufwand	4.903	4.675	- 228
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.829	4.339	- 490
6. Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen	163.700	154.900	- 8.800
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	73.051	50.715	- 22.336
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.555	3.201	646
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	1.410	1.051	- 359
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	87.881	87.957	76
11. Sonstige Steuern	7	7	0
12. Jahresergebnis	12.115	362.726	350.611
<u>Ergebnisausgleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung</u>			
13. Entnahmen aus Rücklagen			
a) Ausgleichsrücklage	45.214	31.436	- 13.778
b) Gesetzliche Rücklage	0	0	0
c) Zweckgebundene Rücklagen	0	0	0
14. Einstellungen in die Rücklagen			
a) Ausgleichsrücklage	0	0	0
b) Gesetzliche Rücklage	57.329	394.162	336.833
c) Zweckgebundene Rücklagen	0	0	0
15. Ergebnis	0	0	0

Anhang zum Jahresabschluss

für das Geschäftsjahr vom 1. April 2021 bis zum 31. März 2022

Der Erdölbevorratungsverband ist eine bundesunmittelbare rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in 20354 Hamburg, Jungfernstieg 38.

Die Größenmerkmale des § 267 Abs. 2 HGB werden überschritten.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde gemäß Finanzstatut in der Fassung vom 3. Januar 2017 unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Dabei wurden die Ansatz- und Ausweisvorschriften der §§ 246 bis 256a HGB beachtet.

Die Kapitalflussrechnung wurde nach dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard Nr. 21 (DRS 21) aufgestellt.

Im Übrigen entsprechen die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden denen des Vorjahres und wurden stetig angewendet.

1.1. Anlagevermögen

1.1.1. Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sind mit ihren historischen Anschaffungskosten abzüglich außerplanmäßiger Abschreibungen aktiviert.

Gebäude und bauliche Anlagen, Lagereinrichtungen und Infrastruktur sind zu historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, erfasst. Den Abschreibungen liegen im Einzelfall betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von drei bis 33 Jahren zugrunde. Sofern die angeschafften bzw. hergestellten Gebäude und Anlagen zum Stichtag vollständig abgeschrieben waren, wird ein Erinnerungswert von jeweils EUR 1 ausgewiesen.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Kraftfahrzeuge sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Den Abschreibungen liegen betriebsgewöhnliche Nutzungsdauern von drei bis fünf Jahren zugrunde.

Aus Vereinfachungsgründen wird auf den Ansatz von Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung verzichtet, deren Anschaffungskosten im Einzelfall nicht mehr als TEUR 1 betragen.

1.1.2. Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Im Hinblick auf die gesetzliche Aufgabe der dauerhaften Bevorratung von Erdöl und Erdölerzeugnissen zur Sicherung der Energieversorgung der Bundesrepublik im Krisenfall, die nur im Fall der Verhütung einer drohenden oder zur Behebung einer bereits eingetretenen Störung in der Energieversorgung durch Rechtsverordnung des BMWK dahingehend abgeändert wird, dass vorübergehend eine geringere als die nach dem ErdölBevG vorgeschriebene Menge an Mineralölvorräten vorzuhalten ist, sind Vorräte aufgrund der langfristig ausgerichteten Zweckbestimmung, dem Unternehmen dauerhaft zur Verfügung zu stehen, als Bestandteil des Anlagevermögens auszuweisen.

Die Vorräte nach § 4 ErdölBevG sind zu den durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet.

Gemeinsam gelagerte Vorräte an Erdölen werden zum gewogenen Durchschnittswert bewertet, da es sich im Hinblick auf Qualität und Verwendungszweck um gleichartige und annähernd gleichwertige Vermögensgegenstände handelt, die zu einer Gruppe zusammengefasst sind.

Die während des Handelsgeschäftes (Wälzung, Tausch und tauschbedingte Ein- und Verkäufe) bestehenden Marktpreisunterschiede sind erfolgsneutral. Daher wirkt sich der Austausch von Erdöl und Erdölerzeugnissen grundsätzlich nicht auf die durchschnittlichen Einstandspreise der Vorräte aus.

1.1.3. Finanzanlagen

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Wertberichtigungen bilanziert. Diese berücksichtigen außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag.

1.2. Umlaufvermögen

1.2.1. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Dieser Posten wird zu Nennwerten abzüglich erforderlicher Einzelwertberichtigungen bilanziert.

1.2.2. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nominalwerten angesetzt.

1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgaben für Aufwendungen nach dem Bilanzstichtag sind ebenso wie Disagien in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten enthalten. Disagien werden über die zugrunde gelegten Vertragslaufzeiten aufgelöst.

1.4. Reinvermögen

Das Reinvermögen besteht aus der Ausgleichsrücklage, der gesetzlichen Rücklage und den zweckgebundenen Rücklagen.

1.5. Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten

Für am 31. März 2022 bestehende Tausch- und Wälzungsvereinbarungen sowie Ein- und Verkaufskontrakte wird in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen Einstandswerten und Marktwerten ein Ausgleichsposten gebildet.

1.6. Rückstellungen

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden analog § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB gebildet.

Die Rückstellungen sind in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages passiviert und berücksichtigen erkennbare Risiken in angemessener Weise.

Den Berechnungen der Pensionsverpflichtungen liegen die Sterbetafeln 2018G von Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Dabei wird von einer Gehaltsdynamik von 2,23 % p. a. sowie einer Rentendynamik von 1,31 % p. a. ausgegangen. Bei der Abzinsung werden die Zinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB in der Fassung des Artikels 7 des Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften vom 11. März 2016 zugrunde gelegt und werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Der Rückstellung für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern liegt ein Bewertungsansatz zugrunde, der auf Erwartungen über den Umfang notwendiger Rückbaukosten und auf Annahmen zur Entwicklung von Preisindizes und Abzinsungssätzen für den Kapitaldienst beruht.

1.7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

1.8. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Einnahmen für die nach dem Bilanzstichtag zu erbringenden Leistungen werden unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Unterschiedsbeträge aus dem über dem Nennwert von Darlehensverbindlichkeiten liegenden Auszahlungsbetrag werden in die passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und über die zugrunde gelegte Vertragslaufzeit aufgelöst.

2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1. Anlagevermögen

2.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände entfallen im Wesentlichen auf den entgeltlichen Erwerb von Lizenzen für Software. Am Standort Wilhelmshaven-Rüstringen wurde das Pipeline-Managementsystem aktiviert.

2.1.2. Sachanlagen

Die **Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** betreffen insbesondere Grundstücke in Wilhelmshaven-Rüstringen, Feldkirchen, Bremen-Lesum und Heide. Am Standort des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen wurden neue Zaun- und Toranlagen an zwei Kavernenplätzen installiert.

Die **Technischen Anlagen und Maschinen** setzen sich zusammen aus vier Kavernenspeichern, zwei Tanklagern sowie der dazugehörigen Infrastruktur. Die am Stichtag vollständig abbeschriebenen Kavernenspeicher und Tanklager werden mit einem Erinnerungswert von jeweils EUR 1 ausgewiesen. Ursächlich für den starken Anstieg der Buchwerte der technischen Anlagen und Maschinen sind im Wesentlichen die Herstellungskosten für die Erweiterung des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen (Kavernen K802, K803 und K805), die im Laufe des Geschäftsjahres fertiggestellt und aktiviert wurden.

Im Bereich der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sind neben der Geschäftsausstattung auch die IT-Hardware und die Kraftfahrzeuge bilanziert.

Der Wertansatz für die **Anlagen im Bau** sank im Geschäftsjahr insbesondere durch die Umgliederung der Anschaffungs- und Herstellkosten für die Erweiterung des Kavernenspeichers Wilhelmshaven-Rüstringen in die technischen Anlagen und Maschinen. Enthalten sind in dieser Position neben den Bohrkosten für die Kaverne K804 auch Neueinbauten für weitere Ringraumkomplettierungen in bestehende Kavernen. Darüber hinaus sind Kosten für den noch im Bau befindlichen Anbau des Verwaltungsgebäudes der NWKG aktiviert.

2.1.3. Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen

Die Vorräte umfassen die zum Stichtag auf die Bevorratungspflicht anrechenbaren Eigentums-mengen und setzen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt zusammen:

Vorräte	31.03.2022 t	31.03.2021 t
Ottokraftstoff	1.827.584	1.930.465
Diesekraftstoff	4.459.938	4.957.929
Heizöl Extra Leicht	1.315.481	1.623.925
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	1.034.465	1.378.349
Erdöl	13.887.748	14.228.529
Gesamt	22.525.216	24.119.197

Einschließlich der durch Dritte zur Verfügung gestellten Delegationsmengen von 0,8 Mio. t und der gemäß § 4 Abs. 5 Nr.1, 2 ErdölBevG zu berücksichtigenden Anpassungen für Erdöl und Erdölerzeugnisse ergibt sich nach der Umrechnung auf Rohöläquivalente ein Bestand in Höhe von 24,6 Mio. t COE.

Unter Berücksichtigung eines gesetzlichen Abzugs von 10 % verbleiben 22,1 Mio. t COE als Deckung der Bevorratungspflicht zum Ende des Geschäftsjahres.

Der Rückgang der Vorräte gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Verkauf von Beständen im Rahmen der konsumgerechten Bevorratung. Zudem wurden nach der fünften Freigabeverordnung vom 4. März 2022 bis zum Stichtag Vorräte im Umfang von 146.252 t Diesekraftstoff, Heizöl Extra Leicht und Erdöl veräußert.

2.1.4. Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter der Position **Anteile an verbundenen Unternehmen** werden die Geschäftsanteile an der NWKG unter Fortschreibung der periodischen Beteiligungsergebnisse ausgewiesen.

Einlageverpflichtungen zum Ausgleich des bei der NWKG entstandenen Jahresfehlbetrages wurden aktiviert und periodengleich auf den beizulegenden Wert der Geschäftsanteile ergebniswirksam abgeschrieben.

2.1.5. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Beiträgen der Mitglieder in Höhe von EUR 51,2 Mio. betreffen im Wesentlichen von den Mitgliedern gemeldete, aber zum 31. März 2022 noch nicht fällige Beiträge für die Monate Februar und März 2022.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 822,8 Mio. resultieren in Höhe von EUR 590,3 Mio. aus Tausch- und Wälzungsvereinbarungen, denen Abnahmemengen aus Freistellungen an diversen Tanklager- und Raffineriestandorten der Kontraktpartner zugrunde liegen und eine Restlaufzeit von maximal einem Jahr haben. Darüber hinaus betreffen EUR 167,9 Mio. Forderungen aus der fünften Freigabeverordnung, EUR 37,0 Mio. Forderungen aus ergebniswirksamen Vorratsverkäufen und EUR 27,6 Mio. aus Bestandsabgängen im Rahmen der Tankraumausschreibung.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden insbesondere die für die Verlängerung der Frist zur Voranmeldung und Entrichtung von Umsatzsteuern geleisteten Vorauszahlungen und Forderungen aus debitorischen Kreditoren ausgewiesen.

2.1.6. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Bei den flüssigen Mitteln handelt es sich um Guthaben bei Kreditinstituten sowie bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH.

2.1.7. Rechnungsabgrenzungsposten

Es wurden Ausgaben in Höhe von TEUR 722 aktivisch abgegrenzt. Diese betreffen den wirtschaftlich nach dem Bilanzstichtag entstehenden Anspruch auf Gegenleistungen aus Gestattungs-, Lizenzüberlassungs-, Nutzungs-, Betriebsführungs- und Versicherungsverträgen über insgesamt TEUR 472 sowie aus Disagien in Höhe von TEUR 250.

Die passivischen Abgrenzungen von EUR 4,0 Mio. umfassen Agien aus Darlehen und Anleihen.

2.2. Reinvermögen

Das Reinvermögen in Höhe von EUR 1.399,8 Mio. setzt sich wie folgt zusammen:

Reinvermögen	Stand 31.03.2021 EUR	Einstellungen EUR	Entnahmen EUR	Stand 31.03.2022 EUR
Ausgleichsrücklage	115.183.280	0	31.435.636	83.747.644
Gesetzliche Rücklage	703.401.385	411.006.248	16.844.325	1.097.563.308
Zweckgebundene Rücklage	218.500.000	0	0	218.500.000
Gesamt	1.037.084.665	411.006.248	48.279.961	1.399.810.952

Die Ausgleichsrücklage ergibt sich als Saldo aus Vermögen und Schulden unter Verrechnung des Ausgleichspostens aus Tausch- und Wälzungskontrakten sowie der gesetzlichen und der zweckgebundenen Rücklage.

Im Berichtsjahr wurden Erträge in Höhe von EUR 411,0 Mio. in die gesetzliche Rücklage eingestellt, die aus den Veräußerungserlösen aufgrund der deutlich gesunkenen Vorratspflicht resultieren.

Aus der gesetzlichen Rücklage werden EUR 16,8 Mio. zur Deckung von Aufwendungen entnommen. Diese nicht liquiditätswirksamen Aufwendungen umfassen den Zinseffekt aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von EUR 11,6 Mio. sowie die Zuführung zu der Rückstellung für die Betriebsstilllegung der Kavernenspeicher.

Nach Dotierung der gesetzlichen Rücklage in Höhe von per Saldo EUR 394,4 Mio. verbleibt ein negativer Ergebnisbeitrag von EUR 31,4 Mio. Dieser wird der Ausgleichsrücklage zum Ergebnisausgleich in gleicher Höhe entnommen.

Die Rücklage für die Eigenversicherung von Vorräten an Erdöl und Erdölerzeugnissen wird als zweckgebundene Rücklage ausgewiesen. Ihre Höhe bemisst sich nach dem bewerteten Risiko von Warenverlusten unter Berücksichtigung der bestehenden Lagerstrukturen.

2.3. Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten

Der Ausgleichsposten aus Tausch- und Wälzungskontrakten von EUR 561,6 Mio. resultiert aus offenen Tausch- und Wälzungsvereinbarungen sowie noch nicht endabgerechneten Ein- und Verkaufskontrakten.

Der Ausgleichsposten hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Ausgleichsposten	Stand 31.03.2021	Veränderung aus Handelsgeschäft	Übertragung auf Vorräte	Übertragung in die Rücklage	Stand 31.03.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Gesamt	53.906.594	930.786.068	- 12.116.261	- 411.006.248	561.570.153

Zuführungen in Höhe von EUR 930,8 Mio. resultieren aus periodenübergreifenden Kontrakten, denen im Wesentlichen Lieferungen aus Tausch- und Wälzungsgeschäften sowie Freigabekontrakte in Höhe von EUR 115,0 Mio. zugrunde liegen.

Nach dem Abschluss von Handelsgeschäften wurden Bewertungsunterschiede in Höhe von EUR 12,1 Mio. aus Verkaufserlösen abzüglich Anschaffungskosten aus Einkäufen bzw. der historischen Einstandswerte auf die Vorräte übertragen sowie EUR 411,0 Mio. als Veräußerungserträge in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt.

2.4. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzten sich wie folgt zusammen:

Rückstellungen	Stand 31.03.2021 EUR	Zuführung für Erfüllung EUR	Zinsen EUR	Auflösung / Inanspruchnahme EUR	Stand 31.03.2022 EUR
für Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern	423.070.000	5.963.743	11.254.000	707.743	439.580.000
für die Altersversorgung	14.872.790	1.430.336	334.325	482.502	16.154.949
für ausstehende Rechnungen	0	5.482.400	-	0	5.482.400
für die Übernahme von Kavernen in Lesum	268.422	3.000.000	-	850.762	2.417.660
für Personal	157.700	0	-	18.300	139.400
für den Jahresabschluss	29.032	29.032	-	29.032	29.032
Gesamt	438.397.944	15.905.511	11.588.325	2.088.339	463.803.441

Die Rückstellung für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern wurde unter Berücksichtigung eines Gutachtens in der Höhe der nach Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer voraussichtlich notwendigen Kosten angesetzt, um die erwarteten Verpflichtungen für Stilllegungs- und Rückbaumaßnahmen für die Speicherstandorte zu finanzieren. Das Gutachten umfasst Kosten für den obertägigen Rückbau, die untertägige Verfüllung und die Verwahrung der Kavernen unter Sole.

Nach HGB sind die Endwerte für die zu erwartenden Kosten für die Kavernenstilllegung unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten und der Preisentwicklungen zu ermitteln. Zum Stichtag wurde ein aus Preisindizes für die Bauwirtschaft für einen Zeitraum von 20 Jahren ermittelter durchschnittlicher Preisindex von 2,5 % p. a. für die Aufzinsung zugrunde gelegt.

Die Abzinsung der Endwerte zur Ermittlung des anzusetzenden Erfüllungsbetrages wurde gemäß § 10 Abs. 2 des Finanzstatuts mit dem aktuellen unternehmensspezifischen langfristigen Fremdfinanzierungssatz von 2,66 % p. a. durchgeführt.

Die Inanspruchnahme der Rückstellung umfasst Kosten der vorbereitenden Planung einer Stilllegung von Kavernen einschließlich der hierzu erforderlichen Nachweise und Genehmigungen durch eine Ingenieurgesellschaft.

Der sich bei den Pensionsrückstellungen aus § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem durchschnittlichen Marktzinssatz der zurückliegenden zehn Geschäftsjahre und einem Rückstellungsansatz nach Maßgabe eines siebenjährigen durchschnittlichen Marktzinses beträgt EUR 1,1 Mio.

Der periodische Zinsanteil der Rückstellungen in Höhe von EUR 11,6 Mio. sowohl für die Betriebsstilllegung von Kavernenspeichern als auch für Pensionen ist in den Zinsaufwendungen enthalten.

Bei den ausstehenden Rechnungen handelt es sich im Wesentlichen um Korrekturen von Beitragsmeldungen bzw. -erstattungen zweier Mitgliedsfirmen, die aufgrund von Fehlmeldungen im abgeschlossenen Geschäftsjahr zum Stichtag zurückgestellt wurden.

Für die Übernahme der Kavernen in Lesum von der wesernetz Bremen GmbH wurden den bestehenden Rückstellungen EUR 3,0 Mio. zugeführt und EUR 0,9 Mio., insbesondere für die Kosten der Flutung der Kaverne L203 mit Sole, in Anspruch genommen.

Die Personalarückstellungen resultieren aus Urlaubs- und Jubiläumsansprüchen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

2.5. Verbindlichkeiten

Die Finanzverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

Verbindlichkeiten	Stand 31.03.2021 EUR	Aufnahme EUR	Tilgung EUR	Veränderung der Zinsabgrenzung EUR	Stand 31.03.2022 EUR
aus Anleihen					
- Inhaberschuldverschreibungen	25.000.000				25.000.000
- Namensschuldverschreibungen	2.192.000.000	45.500.000	91.000.000		2.146.500.000
	2.217.000.000	45.500.000	91.000.000		2.171.500.000
gegenüber Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und Abtretungsgläubigern					
- Schuldscheindarlehen	676.500.000	58.000.000	96.000.000		638.500.000
- Tages-/Termingeld und Kontokorrentkredite	337.300.000		337.300.000		0
- Zinsabgrenzung	41.811.355			- 2.764.554	39.046.801
	1.055.611.355	58.000.000	433.300.000	- 2.764.554	677.546.801
Gesamt	3.272.611.355	103.500.000	524.300.000	- 2.764.554	2.849.046.801

Von den Finanzverbindlichkeiten entfällt ein Betrag in Höhe von EUR 211,0 Mio. (Vj.: EUR 566,1 Mio.) auf eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, ein Betrag in Höhe von EUR 795,5 Mio. (Vj.: EUR 784,5 Mio.) auf eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und ein Betrag in Höhe von EUR 1.842,5 Mio. (Vj.: EUR 1.922,0 Mio.) auf eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus einer variabel verzinslichen Inhaberschuldverschreibung besteht zum Bilanzstichtag seit September 2000 ein derivatives Finanzinstrument (Zinsswap) mit einer Laufzeit von 30 Jahren:

Zinsswap	Nominalbetrag				Beizulegender Zeitwert
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	Summe	
Restlaufzeit	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Summe	0	0	25.000.000	25.000.000	8.421.792

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von EUR 18,6 Mio. bestehen gegenüber der NWKG und resultieren aus der Abrechnung von Betriebsführungs- und Instandhaltungskosten, die überwiegend auf die Kavernenspeicher entfallen. Darin ist auch die Einlageverpflichtung zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2021/2022 der NWKG in Höhe von EUR 1,1 Mio. enthalten.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 1,2 Mio. ergeben sich vor allem aus den zum Bilanzstichtag offenen Tausch- und Wälzungskontrakten und haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Den Verbindlichkeiten aus Beiträgen liegen Beitragserstattungsverpflichtungen von EUR 3,8 Mio. aufgrund von Abzugstatbeständen gemäß § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 3 ErdölBevG zugrunde. Diese Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen mit EUR 59,9 Mio. überwiegend Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer, die eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr haben.

3. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Die Gewinn-und-Verlust-Rechnung ist gemäß dem Finanzstatut des Erdölbevorratungsverbandes in Anlehnung an das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

3.1. Mitgliedsbeiträge und sonstige Erlöse

Der Ausweis der Mitgliedsbeiträge und sonstigen Erlöse ergibt sich aus der Definition der Umsatzerlöse nach dem BilRUG und den Vorschriften zu § 277 Abs. 1 HGB. Die Gesamtposition setzt sich wie folgt zusammen:

Mitgliedsbeiträge und Nebenerlöse	2021/2022 EUR	2020/2021 EUR
davon Mitgliedsbeiträge	251.029.654	237.100.160
Nebenerlöse	999.919	1.917.762
Gesamt	252.029.573	239.017.922

Die Mitgliedsbeiträge umfassen die im Geschäftsjahr 2021/2022 realisierten Beitragserträge abzüglich der Beitragserstattungen an Mitglieder und an Nichtmitglieder. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich folgendes:

Mitgliedsbeiträge nach Erzeugnissen	2021/2022 EUR	2020/2021 EUR
Ottokraftstoff	61.532.715	55.081.972
Dieselmkraftstoff	131.758.464	128.887.017
Heizöl Extra Leicht	37.870.430	40.694.716
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	19.868.045	12.436.455
Gesamt	251.029.654	237.100.160

Die Mitgliedsbeiträge wurden nach Maßgabe des ErdölBevG und der Beitragssatzung mit einem für alle Erzeugnisse einheitlichen und unveränderten Satz in Höhe von 3,56 EUR/t erhoben. In den Mitgliedsbeiträgen sind periodenfremde Mitgliedsbeiträge von TEUR 1.345 sowie TEUR 553 an periodenfremden Erstattungen an Mitglieder und an Nichtmitglieder enthalten.

Die Nebenerlöse betreffen im Wesentlichen Erlöse aus dem Verzicht auf Ersatzdelegationen.

3.2. Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen des Anlagevermögens

Die Erträge aus Veräußerungen in Höhe von EUR 411,0 Mio. resultieren im Wesentlichen aus Anpassungen an die deutlich gesunkene Vorratspflicht.

Erträge aus Veräußerungen von Gegenständen des Anlagevermögens	2021/2022 EUR	2020/2021 EUR
Ottokraftstoff	3.901.780	0
Dieselmkraftstoff	169.939.165	26
Heizöl Extra Leicht	65.891.400	0
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	54.565.545	1.379
Rohöl	116.708.358	0
Erträge aus Bestandsverkäufen	411.006.248	1.405
Erträge aus Sachanlagen- und Inventurveräußerungen	42.903	19.514
Gesamt	411.049.151	20.919

3.3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 90 betreffen die Weiterbelastung von Softwarelizenzgebühren an die NWKG, Erträge aus Währungsdifferenzen und aus der Auflösung von Urlaubs- und Jubiläumsrückstellungen sowie von Wertberichtigungen auf Forderungen.

3.4. Personalaufwand

Unter dieser Position werden im Wesentlichen die Aufwendungen für die Gehälter der Beschäftigten von EUR 2,9 Mio. und die Sozialabgaben von EUR 1,8 Mio. ausgewiesen, in denen Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von EUR 1,4 Mio. enthalten sind.

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurden durchschnittlich 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

3.5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen

Von den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen in Höhe von EUR 4,3 Mio. entfallen EUR 3,6 Mio. auf die planmäßige Nutzung des technischen Sachanlagevermögens und TEUR 789 auf Gebäude, Grundstückseinrichtungen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung und immaterielle Vermögensgegenstände.

3.6. Aufwendungen für Lager- und Delegationsvergütungen

Die Aufwendungen betreffen Vergütungen in Höhe von EUR 154,6 Mio. aus der monatlichen Abrechnung von Lagerverträgen für die Nutzung von Tanklagern und Kavernen Dritter sowie in Höhe von TEUR 333 für die Bereitstellung von Delegationsmengen.

3.7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von EUR 50,7 Mio. betreffen in Höhe von EUR 37,4 Mio. die Betriebsführung und Instandhaltung der Kavernenspeicher, in Höhe von EUR 5,3 Mio. die um Kosten der Inanspruchnahme in Höhe von EUR 0,7 Mio. saldierte Zuführung zu den Rückbaukosten der Kavernenspeicher sowie mit EUR 4,8 Mio. die Kosten für Umschlagaktivitäten und Qualitätskontrollen der Vorräte.

Des Weiteren sind hier Bestandskorrekturen in Höhe von EUR 1,2 Mio., die aufgrund von Mess- und Dichteabweichungen während der Inventur festgestellt wurden, enthalten.

Von dem verbleibenden Betrag von EUR 2,1 Mio. entfallen EUR 1,8 Mio. (Vj.: EUR 1,4 Mio.) auf die Verwaltung sowie TEUR 212 auf Wertberichtigungen von Forderungen und TEUR 29 auf Fremdwährungsumrechnungen. Die Erhöhung der Verwaltungskosten geht auf Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit und den Systemsupport zurück, die im Geschäftsjahr TEUR 419 betragen haben.

Das vom Jahresabschlussprüfer für das Berichtsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 28. Davon entfallen TEUR 24 auf Abschlussprüfungsleistungen, TEUR 2 auf andere Bestätigungsleistungen und TEUR 2 auf sonstige Leistungen.

3.8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Bei den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen in Höhe von EUR 3,2 Mio. handelt es sich neben den Erträgen aus einem in Vorjahren abgeschlossenen derivativen Finanzinstrument (Zinsswap) in Höhe von EUR 1,4 Mio. um Zinserträge aus der Aufnahme von Tages- und Termingeldern in Höhe von TEUR 926, der Auflösung von Agien aus Darlehen in Höhe von TEUR 870 und um Stundungs- und Verzugszinsen in Höhe von TEUR 38.

3.9. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen mit EUR 1,1 Mio. die aufgrund von Bewertungsunterschieden geleistete Kapitaleinlage in die NWKG.

3.10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen Aufwendungen in Höhe von EUR 76,4 Mio. für die zur Finanzierung der Vorräte aufgenommenen Darlehen und Anleihen. Die zinsähnlichen Aufwendungen betreffen mit EUR 11,6 Mio. Zinseffekte für die Rückstellung für den Kavernenrückbau und mit TEUR 334 Pensionsrückstellungen.

3.11. Sonstige Steuern

Bei den Aufwendungen handelt es sich insbesondere um Umsatzsteuerzahlungen auf den Eigenverbrauch von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

3.12. Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2021/2022 wird mit einem Ergebnis in Höhe von EUR 362,7 Mio. abgeschlossen, das im Wesentlichen auf die Veräußerung von Vorräten als Folge der deutlich gesunkenen Vorratspflicht zurückzuführen ist.

3.13. Ergebnisverwendung und Entwicklung der Rücklagen

Aus dem Jahresergebnis werden nicht zahlungswirksame Aufwendungen in Höhe von EUR 16,8 Mio. mit den Veräußerungserträgen in Höhe von EUR 411,0 Mio. verrechnet und EUR 394,2 Mio. der gesetzlichen Rücklage zugeführt.

Der danach verbleibende negative Ergebnisbeitrag in Höhe von EUR 31,4 Mio. wird durch eine gleichhohe Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen.

4. Sonstige Angaben

4.1. Haftungsverhältnisse

Der Betriebsführungsvertrag mit der NWKG sieht vor, dass die Gesellschaft von Haftungsansprüchen Dritter freigestellt wird, soweit diese nicht durch Versicherungen gedeckt sind. Die Haftungsübernahme ist der Höhe nach unbeschränkt.

Laut Gesellschafterbeschluss vom 26. März 2009 besteht eine Verpflichtung zur Leistung von Einlagen in die NWKG bei Jahresfehlbeträgen, die auf den Unterschieden zwischen handels- und steuerrechtlichen Bewertungen von Rückstellungen beruhen.

4.2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die am Bilanzstichtag vorhandenen Einzellagerverträge bestehen abgezinste sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von EUR 459,8 Mio. mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2043.

Aus den beauftragten Investitionsmaßnahmen resultieren Zahlungsverpflichtungen nach dem Bilanzstichtag in Höhe von EUR 3,0 Mio.

4.3. Anteilsbesitz

Die NWKG ist die Betriebsführungsgesellschaft für die Kavernenspeicher in Wilhelmshaven-Rüstringen, Sottorf, Bremen-Lesum und Heide sowie der Tanklager in Feldkirchen und Gelsenkirchen.

Die Gesellschaft weist in der Bilanz zum 31. März 2022 ein Eigenkapital von TEUR 26 aus. Der Jahresfehlbetrag von EUR 1,1 Mio. wird durch Inanspruchnahme der um eine periodengleiche Einlage erhöhten Kapitalrücklage in gleicher Höhe gedeckt, so dass das Ergebnis ausgeglichen ist.

Der Erdölbevorratungsverband ist zu 100 % am Stammkapital (gezeichnetes Kapital) der Nord-West Kavernengesellschaft mbH mit Sitz in Wilhelmshaven beteiligt.

4.4. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hatten. Im Lagebericht findet sich eine ausführliche Darstellung zu Risiken und Prognosen für die zukünftige Entwicklung.

5. Soll-Ist-Vergleich der Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Von den Erträgen in Höhe von EUR 252,0 Mio. entfallen EUR 251,0 Mio. auf Mitgliedsbeiträge abzüglich der Beitragserstattungen und auf sonstige Erlöse EUR 1,0 Mio. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Mineralölkonsum im Geschäftsjahr sind die Mitgliedsbeiträge gegenüber dem Planansatz von EUR 266,3 Mio. um 5,7 % geringer ausgefallen.

Der stärkste Rückgang gegenüber dem Plan ist bei den Mitgliedsbeiträgen für Dieselmotoren in Höhe von 9,6 % zu verzeichnen. Auch bei Ottomotoren und Flugturbinenmotoren JET A-1 wurden die geplanten Aufholeffekte nach den Einbrüchen im Vorjahr nicht vollständig erreicht und blieben um 3,1 % bzw. 2,6 % unter dem Plan. Nur die Mitgliedsbeiträge für Heizöl Extra Leicht lagen mit 3,5 % über dem Plan.

Die Erträge aus der Veräußerung von Vorräten übersteigen den Planansatz um ein Vielfaches. Während in der Planung noch ausschließliche Rohölverkäufe vorgesehen waren, wurde im Zuge des stärker als geplanten Rückgangs der Vorratspflicht ein Bestandsabbau über alle vorratspflichtigen Produkte vorgenommen. Dies betrifft Lagerstandorte in Wilhelmshaven, Kopenhagen und Gent.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber der Planung um TEUR 228 rückläufig. Die Unterschreitung resultiert insbesondere aus der Nichtbesetzung einer im Stellenplan ausgewiesenen Stelle, der Beendigung der Entgeltfortzahlung bei langfristig erkrankten Beschäftigten sowie einer Stelle, die aufgrund einer Nachfolgeregelung nicht ganzjährig besetzt war.

Die Höhe der Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen liegt unter dem Planniveau, und zwar aufgrund eines im Geschäftsjahr späteren Abschreibungsbeginns der fertiggestellten Kavernen des VT6 sowie von zwei Kavernenköpfen für die Kaverne K110 und K312 und der Druckstufentrennung für fünf Kavernen in Wilhelmshaven-Rüstringen.

Die Lagerhalter- und Delegationsvergütungen sind um EUR 8,8 Mio. niedriger als der Planansatz. Die Unterschreitung ist auf als Reserve eingeplante, aber nicht in Anspruch genommene Vergütungen für Tankraum und Delegationen zurückzuführen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Planvergleich Minderaufwendungen von EUR 22,6 Mio. zu verzeichnen. Diese setzen sich im Wesentlichen aus geringeren Instandhaltungskosten für die Standorte Heide und Wilhelmshaven-Rüstringen, geringere Kosten für Umschlag und Logistik sowie der niedrigeren Zuführung zu den Rückstellungen für die Kavernenstilllegung zusammen.

An den Standorten Heide und Wilhelmshaven-Rüstringen wurden ursprünglich geplante Aufwendungen für die Kavernenbearbeitung und den Anlagenersatz in das kommende Geschäftsjahr verlagert.

Während bei der Planung für den Umschlag und die Logistik der Vorräte Aufwendungen für physische Warenbewegungen für die aus der Tankraumausschreibung auslaufenden Lagerverträge berücksichtigt wurden, konnte die Lagerung an einzelnen Standorten durch Umschreibung in Nachfolgeverträge fortgesetzt werden. Insoweit sind die bei der Planung berücksichtigten Kosten nicht in voller Höhe angefallen.

Die Zuführung zu den Rückstellungen für die Kavernenstilllegung basiert auf der Rückbaukostenstudie aus dem Jahr 2021. Basierend auf diesem Gutachten und unter Berücksichtigung eines für die Bauwirtschaft für einen Zeitraum von 20 Jahren ermittelten durchschnittlichen Preisindizes von 2,5 % p. a. fällt der Erfüllungsbetrag gegenüber der Planung um EUR 4,7 Mio. geringer aus.

Die sonstigen Zinserträge umfassen im Wesentlichen die Zinszahlungen aus dem derivativen Finanzierungsinstrument (Zinsswap). Darüber hinaus resultiert der Ertragsanstieg gegenüber dem Plan aus einer günstigeren Zinsentwicklung sowie aus einem höheren Volumen von Termin- und Tagesgeldern.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen sind infolge eines geringeren Jahresfehlbetragsausgleiches für die NWKG um TEUR 359 niedriger ausgefallen.

Geringere Zinsaufwendungen ergeben sich insbesondere aus den niedrigeren Nominalzinsen der im Berichtsjahr aufgenommen langfristigen Finanzverbindlichkeiten und deren Aufwandsabgrenzung zum Stichtag. Gegenüber den zum Zeitpunkt der Planung höheren Referenzzinssätzen an den Terminmärkten mussten für die Refinanzierung am Kapitalmarkt niedrigere Zinsen gezahlt werden. Aufgrund des durch den Bestandsabbau erhöhten Liquiditätszuflusses wurden weniger Darlehen als geplant aufgenommen.

Des Weiteren führte ein gegenüber der Planung höherer durchschnittlicher Kalkulationszinssatz zu einer leicht höheren Zinsbelastung bei der Bewertung der Rückstellung für die Betriebsstilllegung und den Rückbau der Kavernenspeicher. Im Ergebnis liegen die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen mit EUR 88,0 Mio. um EUR 0,1 Mio. geringfügig über dem Planansatz.

Zusammenfassend führen die Veräußerungserträge zu einem gegenüber der Planung deutlich positiveren Ergebnis. Während bei den Beiträgen die geplanten Aufholeffekte nach den Einbrüchen des vergangenen Geschäftsjahres nicht realisiert wurden, ergaben sich positive Ergebniseffekte durch geringere Instandhaltungsmaßnahmen.

6. Finanzplan und Kapitalflussrechnung

Der negative operative Cashflow in Höhe von EUR 47,2 Mio. ergibt sich nach der Bereinigung des Jahresergebnisses von EUR 362,7 Mio. um die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge der Geschäftstätigkeit. Hierbei handelt es sich zunächst um die Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen in Höhe von EUR 5,4 Mio. sowie die Veränderungen der Rückstellungen und nicht zahlungswirksamen Aufwendungen und Erträge in Höhe von EUR 14,1 Mio.

Hinzu kommen die negative Veränderung des Nettoumlaufvermögens in Höhe von EUR 104,3 Mio., Fremdkapitalzinsen von EUR 84,8 Mio. sowie die Bereinigung der aus dem Abgang von Vorräten resultierenden Erträge in Höhe von per Saldo EUR 409,8 Mio.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt EUR 610,1 Mio. Dieser umfasst Ausgaben in Höhe von EUR 14,8 Mio., die im Rahmen der Investitionstätigkeit für das Sachanlagevermögen getätigt wurden. Die gegenüber dem Plan geringeren Ausgaben in Höhe von EUR 9,5 Mio. resultieren u. a. aus zurückgestellten Investitionen für den Standort Heide, die erst im kommenden Jahr durchgeführt werden sollen, den zeitlichen Verzögerungen bei der Druckstufentrennung von fünf Kavernen sowie bei den Ringraumkomplettierungen für drei Kavernen.

Aus den Vertragsabschlüssen der Tankraumausschreibung des Jahres 2020 resultieren Vorratseinkäufe die zu Auszahlungen in Höhe von EUR 32,8 Mio. führten.

Auszahlungen	Ist 2021/2022 EUR	Plan 2021/2022 EUR
Ottokraftstoff	18.949.936	11.500.000
Dieselmotorkraftstoff	7.963.871	30.800.000
Heizöl Extra Leicht	2.067.097	1.700.000
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	3.815.896	6.000.000
Gesamt	32.796.800	50.000.000

Dem standen Einzahlungen in Höhe von insgesamt EUR 655,4 Mio. aus dem Verkauf von Vorräten gegenüber.

Einzahlungen	Ist 2021/2022 EUR	Plan 2021/2022 EUR
Ottokraftstoff	42.004.363	4.012.000
Dieselmkraftstoff	251.619.440	18.779.000
Heizöl Extra Leicht	85.012.459	14.726.000
Flugturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis JET A-1	108.433.596	16.483.000
Rohöl	168.310.325	186.000.000
Gesamt	655.380.183	240.000.000

Aus dem Zinsswap sowie aus der Aufnahme von Tages- und Termingeldern resultieren Zinseinnahmen in Höhe von EUR 2,3 Mio.

Im Geschäftsjahr 2021/2022 wurden Kapitalmarktverbindlichkeiten in Höhe von EUR 187,0 Mio. getilgt und Zinszahlungen in Höhe von EUR 79,1 Mio. geleistet. Demgegenüber wurden langfristige Kredite in Höhe von EUR 103,5 Mio. in Form von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen aufgenommen.

Insgesamt resultiert daraus ein negativer Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von EUR 162,6 Mio.

Der Finanzmittelfonds, also der Bestand an Zahlungsmitteln, Zahlungsmitteläquivalenten und jederzeit fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, setzt sich wie folgt zusammen:

Überleitung des Finanzmittelfonds	31.03.2022 EUR	31.03.2021 EUR
Zahlungsmittel gemäß Bilanz	123.112.461	57.717
jederzeit fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und andere kurzfristige Kreditaufnahmen		
Tagesgeldbestand	0	- 187.300.000
Termingeldbestand	0	- 90.000.000
Zwischensumme	0	- 277.300.000
Finanzmittelfonds gemäß Kapitalflussrechnung	123.112.461	- 277.242.283

Der Finanzmittelfonds veränderte sich im Berichtsjahr um EUR 400,4 Mio. Nach Rückführung von kurzfristigen Geldmarktverbindlichkeiten in Höhe von EUR 277,3 Mio. verbleiben Bankguthaben in Form von Sichteinlagen in Höhe von EUR 123,1 Mio., die im Wesentlichen bei der Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur GmbH angelegt wurden.

7. Organe und Ausschüsse

7.1. Beirat

Gewählt

Wolfgang Langhoff (Vorsitzender)

Vorsitzender des Vorstandes der BP Europa SE, Bochum

Volker Ebeling (stellvertretender Vorsitzender)

Group Head of Strategic Projects der Mabanaft GmbH & Co. KG, Hamburg

Stefan Küfner (Stellvertreter; bis 9. August 2021)

Direktor Supply Logistik der TotalEnergies Marketing Deutschland GmbH, Berlin

Christian Howe (Stellvertreter; ab 25. November 2021)

Direktor Handels- und Verbrauchergeschäft der
TotalEnergies Marketing Deutschland GmbH, Berlin

Duraid El Obeid (Stellvertreter)

Vorsitzender der Geschäftsführung der
BMV Mineralöl Versorgungsgesellschaft mbH, Berlin

Jörg Debus (bis 25. November 2021)

Chief of Staff der Deutsche Shell Holding GmbH, Hamburg

Sonja Wiechert (ab 25. November 2021)

Geschäftsführerin der Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Dr. Gerhard Wagner (Stellvertreter; bis 31. Dezember 2021)

Geschäftsführer der OMV Deutschland GmbH, Burghausen

Dr. Annette Flormann-Pfaff

Mitglied der Geschäftsführung und Leiterin Recht der
ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Hamburg

Carsten Eggert (Stellvertreter)

Manager Supply, Transportation and Wholesale der
JET Tankstellen Deutschland GmbH, Hamburg

Rüdiger Hanss

Generalbevollmächtigter der Varo Energy Tankstorage GmbH, Duisburg

Ian Petri (Stellvertreter)

Geschäftsführer der DS-Mineralöl GmbH, Bremen

Christiane Roth

Geschäftsführerin der Adolf Roth GmbH & Co. KG, Gießen

Marc Deisenhofer (Stellvertreter)

Geschäftsführer der Adolf Präg GmbH & Co. KG, Kempten

Entsandt

– vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Ursula Borak (bis 4. April 2022)

Ministerialdirigentin im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

Ulrich Benterbusch (ab 4. April 2022)

Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

Stefan Rolle (Stellvertreter)

Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin

– vom Bundesministerium der Finanzen

Dr. Steffen Meyer (bis 3. Januar 2022)

Ministerialdirigent im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

Thomas Köhler (Stellvertreter)

Ministerialrat im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

– vom Bundesrat

Frank Limberg

Ministerialrat im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Wiesbaden

Heike Albrecht (Stellvertreterin)

Regierungsrätin im Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Dresden

7.2. Ausschüsse

Bevorratungsausschuss

Lars Bergmann (Vorsitzender)
Holborn Europa Raffinerie GmbH, Hamburg

Kevin Balke (stellvertretender Vorsitzender)
HGM Energy GmbH, Bremen

Markus Abel
Gunvor Deutschland GmbH, Ingolstadt

Robert Ante (bis 10. Februar 2022)
BP Europa SE, Bochum

Marc Breuss (bis 17. September 2021)
Mabanaft Deutschland GmbH & Co. KG, Hamburg

Babette Kindt (ab 10. Februar 2022)
BP Europa SE, Bochum

Laurens Klaver
Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Anke Tannhäuser (seit 17. September 2021)
Mabanaft Deutschland GmbH & Co. KG, Hamburg

Britta Timm
Rosneft Deutschland GmbH, Berlin

Martin von Leesen
VARO Energy Germany GmbH, Hamburg

Wirtschaftsausschuss

Norbert Mikulla (Vorsitzender)

DS-Mineralöl GmbH, Bremen

Sonja Wiechert (stellvertretende Vorsitzende, bis 23. November 2021)

Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Sabine Börner (stellvertretende Vorsitzende ab 20. Januar 2022)

TotalEnergies Marketing Deutschland GmbH, Berlin

Florian Benda (ab 10. Februar 2022)

Mabanaft GmbH & Co. KG, Hamburg

Meike Friedrich

ENI Deutschland GmbH, München

Ronny Hauck

ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, Hannover

Robert Hedwig (ab 25. November 2021)

Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Elmar Kühn

UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e. V., Berlin

Martin Röper (bis 20. September 2021)

team SE, Süderbrarup

Dr. Hans-Ralph Trommer

BP Europa SE, Bochum

7.3. Vorstand

Thomas Kahl, Hamburg

Dr. Dirk Sommer, Hamburg

Finanzplan und Kapitalflussrechnung

	Plan TEUR	Ist TEUR	Abweichung TEUR
1. Jahresergebnis	12.115	362.726	350.611
2. Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	6.239	5.390	- 849
3. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen sowie sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	11.935	14.057	2.122
4. Zunahme (-) / Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	- 14.953	- 726.911	- 711.958
5. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	31.044	622.611	591.568
6. Gewinn (-) / Verlust (+) aus der Veräußerung und dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 77.000	- 409.798	- 332.798
7. Zinsaufwendungen (+) / Zinserträge (-)	85.326	84.756	- 569
8. Cashflow aus laufender Verbandstätigkeit	54.705	- 47.169	- 101.874
9. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 24.273	- 14.787	9.486
10. Auszahlungen für Vorräte an Erdöl und Erdölerzeugnissen	- 50.000	- 32.797	17.203
11. Einzahlungen aus Abgängen von Vorräten an Erdöl und Erdölerzeugnissen	240.000	655.380	415.380
12. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	17	0	- 17
13. Erhaltene Zinsen	1.730	2.331	601
14. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	164.474	610.127	442.653
15. Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Krediten	200.000	103.500	- 96.500
16. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	- 187.000	- 187.000	0
17. Gezahlte Zinsen	- 79.369	- 79.103	266
18. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 66.369	- 162.603	- 96.234
19. Finanzmittelfonds 01.04.	- 262.391	- 277.242	- 14.851
20. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	155.810	400.355	244.545
21. Finanzmittelfonds 31.03.	- 106.581	123.113	229.694

Anlagenspiegel

zum 31. März 2022

	Anschaffungs-/Herstellungskosten			
	Stand 01.04.2021	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen U / Saldo aus Tausch- u. Wälzungskontrakten S
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Software	313	11	0	64 U
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.845	96	30	
2. Technische Anlagen und Maschinen	55.081	353	94	61.398 U
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.553	27	0	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	62.981	14.300	0	- 61.462 U
	135.460	14.776	124	0
III. Vorräte an Erdöl und Erdölzeugnissen				
1. Ottokraftstoff	481.972	19.121	31.257	- 7.669 S
2. Diesellokraftstoff	1.094.190	7.930	109.973	- 1.932 S
3. Heizöl Extra Leicht	277.043	2.054	53.491	- 766 S
4. Fluturbinenkraftstoff auf Petroleumbasis	389.630	3.869	99.662	- 1.991 S
5. Erdöl	2.322.405	760	59.010	304 S
	4.565.240	33.734	353.393	- 12.054
IV. Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	16.875	1.051	0	0
	4.717.888	49.320	353.517	- 11.991

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS (ANLAGE 2)
 ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND | GESCHÄFTSBERICHT 2021 / 2022

Abschreibungen					Buchwerte	
Stand 31.03.2022	Stand 01.04.2021	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2022	Stand 31.03.2022	Stand 31.03.2021
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
388	301	21	0	322	66	12
15.911	4.913	511	18	5.406	10.505	10.932
116.738	18.056	3.550	86	21.520	95.218	37.025
1.580	716	239	0	955	625	837
15.819	772	18	0	790	15.029	62.209
150.048	24.457	4.318	104	28.671	121.377	111.003
462.167					462.167	481.972
990.215					990.215	1.094.190
224.840					224.840	277.043
291.846					291.846	389.630
2.264.459					2.264.459	2.322.405
4.233.527					4.233.527	4.565.240
17.926	16.847	1.051	0	17.898	28	28
4.401.889	41.605	5.390	104	46.891	4.354.998	4.676.283

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ACOMES	Annual Coordination Meeting of Entity Stockholders
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
cbm	Kubikmeter
COE	Crude Oil Equivalent
DGMK	Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e. V., Hamburg
DIN	Deutsche Industrienorm
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e. V., Berlin
ELABCO	Expert Laboratory Coordination
ErdölBevG	Gesetz über die Bevorratung mit Erdöl und Erdölerzeugnissen (Erdölbevorrattungsgesetz)
EUR	Euro
e.V.	eingetragener Verein
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
ICPG	International Crude Project Group
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IEA	Internationale Energieagentur
IT	Informationstechnologie
KG	Kommanditgesellschaft
Mio.	Millionen
mbH	mit beschränkter Haftung
NWKG	Nord-West Kavernengesellschaft mbH, Wilhelmshaven
p. a.	per annum
SE	Societas Europaea
t	Tonne
TEUR	Tausend Euro
Tsd.	Tausend
u. a.	unter anderem
Vj.	Vorjahr



Druck auf FSC®- zertifiziertem Papier

ERDÖLBEVORRATUNGSVERBAND

Körperschaft des öffentlichen Rechts
Jungfernstieg 38
20354 Hamburg

Telefon: + 49 (0)40 35 00 12 – 0
Telefax: + 49 (0)40 35 00 12 – 149
E-Mail: info@ebv-oil.org
Internet: www.ebv-oil.org

